



Dachverband

Ausgabe  
**Nr. 9 digital**  
Dezember 2008

# KOMMUNALES management

“digital”

Fachzeitschrift des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten Österreichs

## inhalt

### 2-12 Dachverband

*Vorwort des Bundesobmannes,  
Bundesvorstand und BFT 2008*

### 12-13 LV Oberösterreich

*Führungskompetenz?*

### 14-15 RM-DATA

*Geograf. Informationssysteme*

### 16 LV Vorarlberg

*Landesfachtagung 2008*

### 17 Bank Austria

*Energiesparen & Umweltschutz*

### 18-23 LV Salzburg

*AG Finanz, Kriminalpolizei,  
Profitipp, Katastrophenschutz,  
Bezirk Pongau*

### 22-23 Dr. Grazer + Co

*Ablagesysteme & Drucksorten*

### 24-25 GeoWave

*“Welle” sorgt f.m. Lebensqualität*

### 26-27 Kommunal Consult

*Kommunale Ausgliederung*

### 27 LV Niederösterreich

*Hortverordnung/Kindergarten*

### 28-31 LV Kärnten

*Ausgliederungen, Weiterbildung*

### 32 LV Tirol - LFT 08

### 33 Neuhold Datensysteme

### 34-35 Fachhochschule



**Wieder ein großartiger Erfolg!  
Wir konnten wieder viele spannende und  
zukunftsweisende Themen behandeln!**

Diese Ausgabe sowie die  
Bundesfachtagung wird unterstützt durch:



### Herausgeber, Eigentümer und Verleger:

FLGÖ - Fachverband für leitende  
Gemeindebedienstete Österreichs,  
Dachverband,  
9800 Spittal a.d.Drau

homepage:  
[www.flgö.at](http://www.flgö.at)

### Für den Inhalt verantwortlich:

Herbert Maislinger,  
Bundesobmann des FLGÖ

### Zweck der Herausgabe:

Fachinformation für leitende  
Gemeindebedienstete Österreichs

### Erscheinungsrhythmus:

vierteljährlich  
in digitaler Form

### Layout/Satz:

Michaela Fuchsberger  
Goldensteinstraße 10a, 5061 Elsbethen

### Kontaktadresse des Bundesobmannes

Herbert Maislinger  
Sonnensiedlung 21,  
5201 Seekirchen am Wallersee

Tel.: 0676/6628001  
Fax.: 06212/2308-17

E-Mail:  
[herbert.maislinger@seekirchen.at](mailto:herbert.maislinger@seekirchen.at)



## Vorwort des Bundesobmannes Der FLGÖ weiterhin im Aufwind!



Der Bundesfachtag 2008, die Bundesvorstandssitzung am 06.11.2008 sowie die Aktivitäten auf Landes und Bezirksebene zeigen es, der Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten (FLGÖ) entwickelt sich ständig weiter. Erfahrungsaustausch, Gespräche mit Experten der Landesverwaltungen und privater Unternehmen sowie Vorträge von Persönlichkeiten aus allen Bereichen tragen dazu bei, dass die Qualität der Arbeit in den Gemeindeverwaltung ständig verbessert wird. Es entstehen Netzwerke, die uns helfen die Arbeit für Politik und BürgerInnen noch erfolgreicher zu gestalten.

Ich darf Ihnen einige Beispiele unserer Aktivitäten aufzählen:

### Bundesfachtag 2008 in Pamhagen/Bgld

Die Freunde aus dem Burgenland mit LO Al Ernst Wild an der Spitze haben den diesjährigen Bundesfachtag hervorragend organisiert und erfolgreich gestaltet. Vielen Dank dafür. Über 200 Besucher aus ganz Österreich konnten die interessanten Beiträge der Referenten verfolgen und viel Positives nach Hause mitnehmen. Der Bundesfachtag stand im Zeichen der Frage: "**Wie führe ich richtig und erfolgreich meine MitarbeiterInnen?**" Ein wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Arbeit in der Gemeindeverwaltung ist eine **Unternehmenskultur die den Menschen (MitarbeiterInnen, Führungskräfte, PolitikerInnen, BürgerInnen) Sicherheit und Sinn gibt**, so die wesentliche Erkenntnis

des 10. Bundesfachtages 2008. **Visionär sein, auf eine "gesunde Umwelt" achten, Beziehungen positiv gestalten und ethisches Handeln zeichnet eine starke Führungskraft aus.** Mehr über die Referate des Bundesfachtages auf den nächsten Seiten.

### Aktivitäten des Dachverbandes

Die Organisation und Abhaltung der Bundesfachtage steht immer im Mittelpunkt unserer Arbeit im Bundesvorstand.

### Mitarbeit in Arbeitsgruppen

Eine Ehre und eine Herausforderung ist es, auf Bundesebene in Arbeitsgruppen mitwirken zu können, so in der AG "Verhaltenskodex" des Bundeskanzleramtes und in der AG "Netzwerk Bildung" des Österreichischen Gemeindebundes.

### Fort- und Weiterbildung

Die Fort- und Weiterbildung ist eine zentrale Aufgabe unserer Gemeinschaft. Aufgrund der großen Nachfrage nach den letzten Bundesfachtagungen organisieren wir mit

**Pater Dr. Johannes Pausch -**  
\*\* "Es soll uns gut gehen" -  
**Lebensmotto für jede Gemeinde"**  
und

**Willi Hollenstein, Innovision\* -**  
\*\* "Mit Fantasie und Kultur  
erfolgreich führen"  
Führungskräfte Seminare.





Diese Seminare werden praxisbezogen und unter Berücksichtigung der aktuellen und zukunftsorientierten Entwicklungen im Bereich des "Führens" gestaltet. Mehr darüber in der nächsten Ausgabe des "Kommunalen Management-digital"

(\*\* - Arbeitstitel)

## Neue Homepage www.flgö.at und www.flgoe.eu

Im Bundesvorstand haben wir entschieden, die Homepage auf ein Datenbanksystem umzustellen. So ist es möglich, dass die Landesverbände ihre Beiträge selbständig in die Homepage stellen können.

Diese Umstellung ist uns mit großzügiger Unterstützung der Firmen KUFGEM und GEMDAT gelungen. Die Gestaltung und Betreuung hat LO AI Franz Haugsteiner mit seiner Assistentin übernommen. Vielen Dank dafür.

Besonderer Dank gebührt unserem Vorstandsmitglied AI. Mag. Erich Kofler für die über zehn Jahre lange Betreuung der "alten" Homepage.

## Aktivitäten in den Landesverbänden

Die FLGÖ - Landestage beschäftigen sich mit fachlichen Themen aber auch mit Themen des gesellschaftlichen Lebens und der Persönlichkeitsentwicklung. Die hohe Qualität der Vorträge und Diskussionen begeistern die vielen Besucher (bis zu 170 Besucher). Besonders erfolgreich hat sich die Zusammenarbeit mit den Landes- und Bezirksver-

waltungen und den Gemeindeverbänden entwickelt. Die Mitarbeit von Vertretern des FLGÖ in verschiedenen Arbeitsgruppen (Personalentwicklung, Gesetzesvorlagen ... ) ist gefragt und gestaltet sich sehr positiv. Wir können die Erfahrungen aus der Praxis einbringen. Vielen Dank für das Vertrauen und für die gute partnerschaftliche Zusammenarbeit gilt den Vertretern der Landesverwaltungen und den Gemeindeverbänden.



## Aktivitäten auf Bezirksebene

In den Bezirken steht der Erfahrungsaustausch im Mittelpunkt. Erfahrungen von Kolleginnen und Kollegen und auch Experten werden auf eine breite Ebene gebracht und können oft unmittelbar in der praktischen Arbeit umgesetzt werden. Eine große Unterstützung besonders für unsere jüngeren Kolleginnen und Kollegen. In einigen Bezirken haben sich spezielle AG der Bauamtsleiter und der Leiter der Finanzverwaltungen entwickelt. Neben dem Erfahrungsaustausch werden in diesen AG auch Formulare entwickelt und an einem "Bezirksstandard" gearbeitet.



Gruppenbild des FLGÖ Bundesvorstands im Zug der Bundesfachtagung 2008

Dieser Auszug aus den Aktivitäten des FLGÖ zeigt, dass wir erfolgreich an unseren statutarisch festgelegten "FLGÖ Zielen" arbeiten und in vielen anderen Bereichen arbeiten und mitwirken und so einen großen Beitrag zur Weiterentwicklung der Gemeindeverwaltung leisten. Wir wollen uns selbstverständlich weiterhin dynamisch weiterentwickeln. Auch wenn so viel Positives zu berichten ist, muss ich feststellen, dass in einigen Regionen eine strukturelle Verbesserung angestrebt wer-

den soll. Gerade die Organisation von Bezirksebenen erscheint mir ein guter Weg zu sein. **Ich lade zur Mitarbeit in unseren Organisation herzlich ein.** Wenn du aktiv mitwirken möchtest, dann melde dich bitte beim Landesobmann deines Bundeslandes oder bei mir.

### Kontaktadressen:

#### **LV Salzburg**

Mag. Erwin Fuchsberger  
Amtsleiter der Gemeinde Elsbethen  
Pfarrweg 6, 5061 Elsbethen  
Tel: 0662 623428-11  
email:  
erwin.fuchsberger@gde-elsbethen.at

#### **LV Oberösterreich**

Mag. Erwin Stürzlinger  
Amtsleiter der  
Marktgemeinde Gunskirchen  
Lambacher Str. 3, 4623 Gunskirchen  
Tel: 07246 6255-110  
email:  
erwin.stuerzlinger@gunskirchen.ooe.gv.at

#### **LV Niederösterreich**

Franz Haugensteiner  
Amtsleiter der Gemeinde Purgstall  
an der Erlauf  
Pöchlernerstr. 17-19, 3251 Purgstall  
Tel: 07489 2711-11  
mobil: 0676/5575501  
email: amtsleitung@purgstall.at

#### **LV Tirol**

Mag. iur. Bernhard Scharmer  
Amtsleiter der Marktgemeinde Telfs  
Untermarkt 5+7, 6410 Telfs  
Tel: 05262/6961-1000  
mobil: 0676/83038-213  
email: bernhard.scharmer@telfs.gv.at

#### **LV Steiermark**

Dr. Ulf Reichl  
Stadtamtsdirektor der  
Stadtgemeinde Fürstenfeld  
Augustinersplatz 1, 8280 Fürstenfeld  
Tel: 03382 52401-10 email:  
ulf.reichl@fuerstenfeld.steiermark.at

#### **LV Burgenland**

Ernst Wild  
Amtsleiter der Gemeinde Draßburg  
Kornegasse 27, 7021 Draßburg  
Tel: 02686 500712  
email: ew@drassburg.bgld.gv.at

#### **LV Kärnten**

Kurt Thelesklaf  
Stadtamtsdirektor der  
Stadtgemeinde Hermagor  
9620 Hermagor  
Tel: 04282 2333-21  
mobil: 0676/3317562  
email: kurt.thelesklaf@ktn.gde.at

#### **LV Vorarlberg**

Helmut Burger  
Amtsleiter der Gemeinde Koblach  
Werben 9, 6842 Koblach  
Tel: 05523 62875-11  
mobil: 0676/836287511  
e-mail: helmut.burger@koblach.at

Die Weihnachtszeit und das Jahr 2009 stehen kurz vor der Tür.

Persönlich und im Namen des Bundesvorstandes darf ich allen Kolleginnen und Kollegen und unseren Partnern und Freunden ein **besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr 2009** wünschen.

*Euer*  
*Herbert Maislinger*  
*FLGÖ Bundesobmann*

**Kurzinformation - Bitte Termin vormerken!**

## **11. FLGÖ Bundesfachtagung 2009**

**in Salzburg "Zell am See" am 15. und 16. Juni 2009**

*Wir freuen uns schon jetzt auf Euer/Ihr kommen!*





# 10. FLGÖ - Bundesfachtagung 2008

in Pamhagen/Burgenland

“Wie führe ich richtig und erfolgreich meine MitarbeiterInnen”  
Mit “Fantasie” und “Kultur” erfolgreich führen.



LO Ernst Wild bei der Begrüßung

Ein wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Arbeit in der Gemeindeverwaltung ist eine Unternehmenskultur die den Menschen (MitarbeiterInnen, Führungskräften und BürgermeisterInnen) Sicherheit und Sinn gibt, so die wesentliche Erkenntnisse des 10. FLGÖ Bundesfachtages 2009.

Visionär sein, auf eine "gesunde Umwelt" achten, Beziehungen positiv gestalten und ethisches Handeln zeichnet eine starke Führungskraft heute aus.

Die Referate von  
**Willi Hollenstein**, Innovision - Unternehmenskultur, St Gallen.

**Dipl. Päd. Franz Wührer**, Hill International,

**MMag.Dr. Robert Gmeiner**, Verbindungsstelle der Bundesländer,

**Dr. Leo A. Nefiodow**, Zukunftsforscher,

**Mag. Joachim Stern**,

Assistent Institut für Staats- und Verwaltungsrecht,

sowie die Podiumsdiskussionen brachten einige bemerkenswerte Aussagen, Feststellungen und Denkanstöße, die ich hier auszugsweise zusammenfasse:

- Der **wichtigste Schlüssel** zum Erfolg ist die Fantasie. Die Fantasie

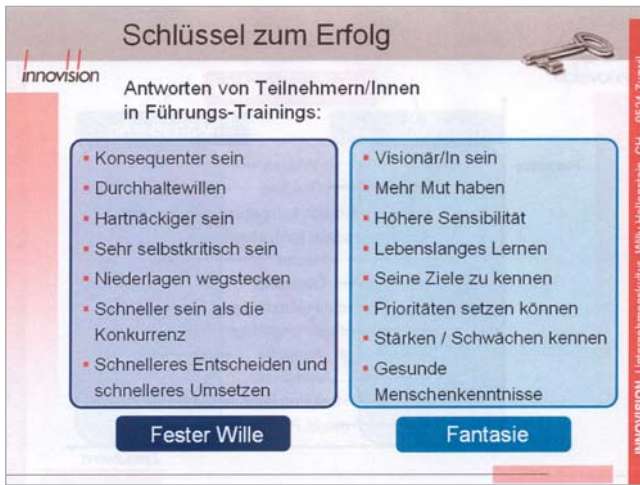
soll stärker kultiviert werden. Es macht Sinn, wenn Ideen, Kreativität und Innovationen gefördert werden (*Hollenstein*).

- Jeder **Gedanke ist etwas Reales - eine Kraft**. Die Qualität des Denkens ist der größte Wettbewerbsfaktor. Es ist besser, wenn wir unser Wissen loslassen, und damit nicht Verwalter unserer Vergangenheit sind, sondern Förderer der Fantasie und damit Gestalter der Zukunft (*Hollenstein*).

- Der zentrale Führungsgrundsatz: "**Führen heißt: Sinn geben!**". Führungskräfte sind dazu da, sich selbst und dem Umfeld mehr Sinn zu geben (*Hollenstein*).

- **Führungskräfte sollen authentisch sein** und die eigene Persönlichkeit nicht aufgeben, sondern sie stärken (*Hollenstein*).





- Eine starke Führung dokumentiert sich immer durch ein Bekenntnis zur **Vision, zu Zielen und zu Werten**. Drucker: Ein konstantes Training der Mitarbeiter in die harten Faktoren (Strategie; Ziele) und weichen Faktoren (Werte, Glaubenssätze) bieten die Grundlage, sich kreativ und konstruktiv mit Veränderungen auseinanderzusetzen!

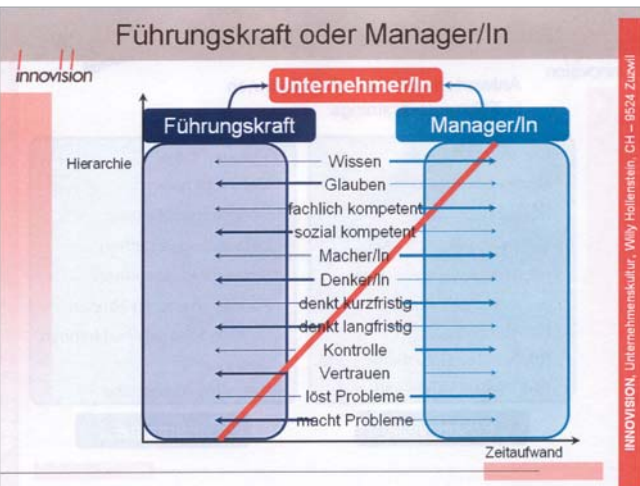
- Ein **wesentlicher Faktor für Erfolg bietet die Unternehmenskultur** - eine Kultur die den MitarbeiterInnen Sicherheit und Sinn gibt. Eine starke Kultur schafft einen hohen Sinn für das was ohnehin getan werden muss. Jedoch alles was wir nicht mit Sinn tun, tun wir niemals optimal (Hollenstein).



Willi Hollenstein, Innovision-Schweiz referiert über "Ein zeitgemäßes Gemeindemanagement - Gibt es ein Erfolgskonzept"?

- **Chancen-, Prozess- und Lösungsdenker** sind Unternehmer, Problem-, Sorgen- und Angstdenker sind Unterlasser (Hollenstein).

- Es geht nicht mehr um Besserwisserei, sondern um **Neugierde, Offenheit für Neues, Visionen, hohe Lebensfreude, Werte leben**. (Hollenstein).



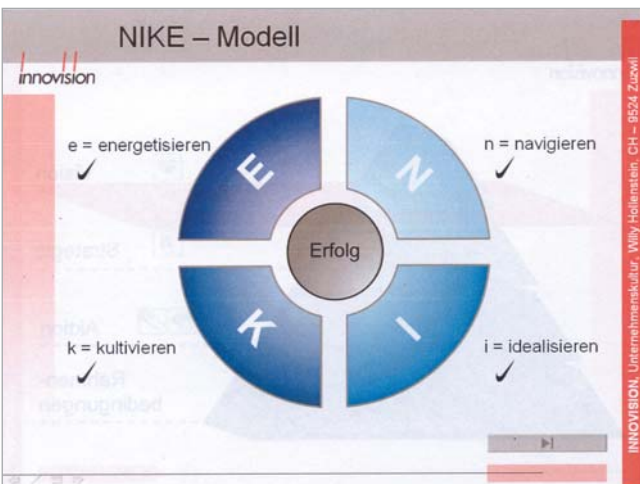
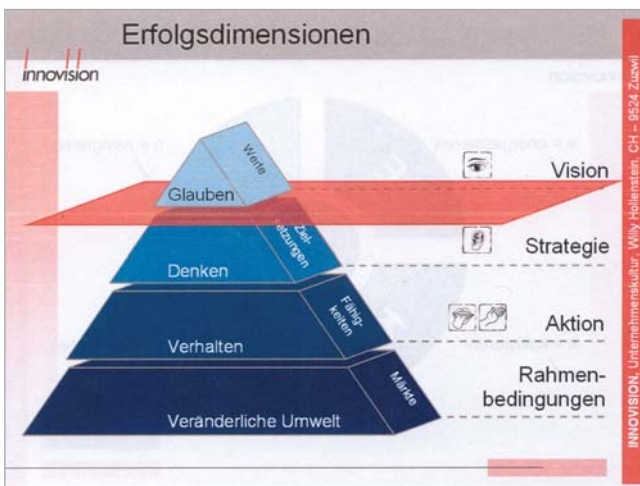
- **4 Intelligenzen** sollen verankert sein, nämlich die Mentale Intelligenz (Teambildung und Teamführung..), die Physikalische Intelligenz (Quäle deinen Körper, sonst quält er dich), die Emotionale- und soziale Kompetenz (Selbstwahrnehmung, soziales Empfinden, Gefühl für den richtigen Zeitpunkt, Mut, Schwächen zugeben ...) und die Spirituelle Intelligenz (Sehnsucht nach Sinnhaftigkeit), helfen die wahren Prinzipien zu erkennen, die Bestandteile unseres Gewissens sind. Die 3 vorgenannten Intelligenzen orientieren sich an der Spirituellen Intelligenz. Gewissen ist moralisches Empfinden für Recht und Unrecht, Drang zur Sinnhaftigkeit (Wührer).



Dipl.-Päd. Franz Wührer, Hill International

- **Ethik** stellt in Frage, mahnt zur Besinnung, macht begründungspflichtig, fordert das Gewissen heraus und ihr die Verantwortung ein (Gmeiner).

- Ethik lässt sich nicht delegieren, sie bedeutet ein ständiges **"sich bemühen"**, sie ist nicht "billig" zu haben ... (Gmeiner)





MMag. Dr. Robert Gmeiner, Leiter Verbindungsstelle der Bundesländer, referiert über "Ethik in der Gemeindeverwaltung - einige Aspekte und Fragen ethischen Handelns in der Gemeindeverwaltung"

- Fragen und Aspekte **ethischen Handelns in d. Gemeindeverwaltung**: Was ist Ethik (u.a. Verhältnis zu Recht und Moral)?, Ethik und Werte?, Ethik in der eigenen Arbeit?, Ethik im Umgang mit Parteien und der Öffentlichkeit?. Ethik und Korruption? Ethik im Verhalten gegenüber Kolleg/innen und Vorgesetzten?, Ethik und Führen ? .. (Gmeiner).

- Kundenbegriff aus ethischer Sicht: Es geht um **Respekt, Achtung und Glaubwürdigkeit**

- Ethik orientiert sich auch an folgender Weisheit (Die goldene Regel): "**Verhalte dich den Mitmenschen gegenüber so, wie du wünschst, dass man sich dir gegenüber verhalten soll!**"

- Es geht heute nicht um fertige Antworten und um keine Rezepte, eher um eine Sensibilisierung mit Blick auf "**Integritätsmanagement**" (Gmeiner) - siehe Vortrag auf der Homepage [www.fglö.at](http://www.fglö.at) und in dieser Ausgabe der Kommunalen Management digital.

- Der ganz aktuell vom Bundeskanzleramt vorgelegte **Code of Conduct** verpflichtet zu Beachtung von 4 zentralen Werten: **Integrität, Transparenz, Objektivität und Fairness.**

- **Ethik in der Führung** - Die Beherrschung von Verwaltungswissen und Managementtechniken allein reicht nicht aus, um die Lösungen komplexer Aufgaben der Führung in der öffentlichen Verwaltung sicherzustellen: Gefragt sind Leadershipfähigkeiten, die es den Führungskräften erlauben, über das heute hinauszuschauen, Visionen zu entwickeln, diese in klare Ziele umzusetzen, die Mitarbeitenden durch motivierende Kommunikation für diese Ziele zu begeistern und ein Klima



Vormittagsstatment der Referenten moderiert von Walter Reiss, ORF Burgenland

des Vertrauens für eine auf Wirkung und Resultate ausgerichtete Empowerment aller Beteiligten zu schaffen. Ethisches Verhalten ist nicht Selbstzweck, son-

dern unterstützt Führungskräfte in ihrem Denken und Handeln durch Wertsysteme, die zu einem situativ dem konkreten Umfeld entsprechen und zum anderen allgemein akzeptierte Prinzipien umfassen (Bischoff/Gmeiner).

- **Ethik ist das ständige Hinterfragen, was gut und richtig ist** (Gmeiner)

- **Der sechste Kondratieff** (Kondratieff Zyklen - die langen Wellen der Konjunktur und ihrer Basisinnovationen): Die neue lange Welle wird vom Bedarf nach **ganzheitlicher Gesundheit** angetrieben und wird die



Dr. Leo A. Nefiodow referiert über "Der sechste Kondratieff - Wege zur kooperativen Gesellschaft und Unternehmenskultur"

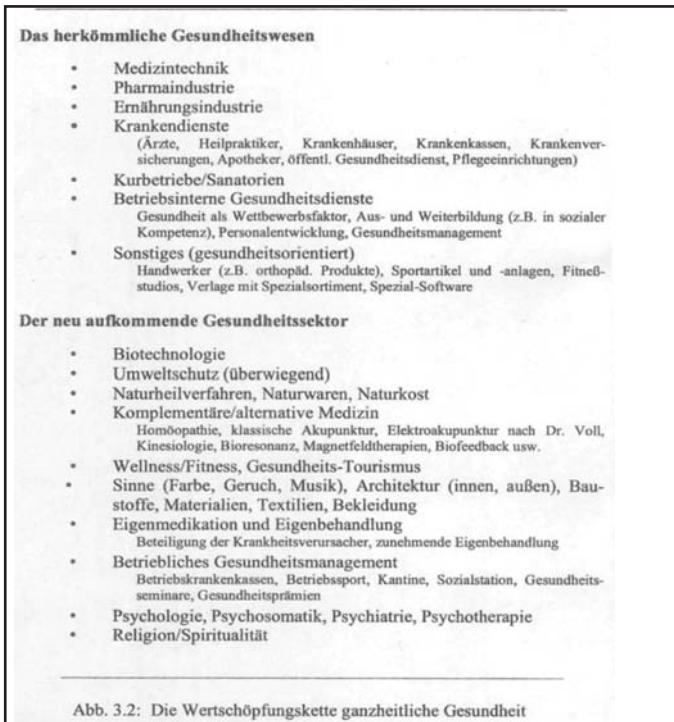
Haupttrichtung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung im 21. Jahrhundert bestimmen. Die Länder, die Gemeinden, die Unternehmen und Personen, die sich auf den sechsten Kondratieff am besten ausrichten, werden zu den Gewinnern gehören. Wichtigste Motoren werden der Bedarf nach psychosozialer Gesundheit und die moderne Biotechnologie sein (Nefiodow).

- Was den wirtschaftlichen Erfolg der Regionen, Bundesländer und Volkswirtschaften in Zukunft primär

1. Sie besitzen eine bessere Wahrnehmung der Realität Fähigkeit, Menschen und Sachverhalte richtig zu beurteilen
2. Sie können sich selbst, andere und die Natur akzeptieren Mangel an Schutzfärbung, Verteidigung oder Pose. Abneigung gegen Gekünsteltheit, Lüge, Heuchelei, Eindruckschinden
3. Sie besitzen Natürlichkeit, Spontanität und Einfachheit Sie lassen sich durch Konvention von wichtigen Aufgaben nicht abhalten. Bescheidenheit
4. Sie sind problemorientiert problem- und sachorientiert, nicht ich-orientiert
5. Sie haben ein Bedürfnis nach Privatheit Ohne Unbehagen einsam sein können
6. Sie sind autonom, aktiv und wachstumsorientiert Unabhängigkeit von der physischen und sozialen Umwelt. Antrieb durch Wachstums- und Leistungsmotivation
7. Sie besitzen eine unverbrauchte Wertschätzung Grundlegende Lebensgüter werden mit Ehrfurcht, Freude, Staunen geschätzt
8. Sie wurden von mystischen Erfahrungen geprägt Ich-Verlust und Erfahrung der Transzendenz
9. Sie besitzen Gemeinschaftsgefühl Tiefes Gefühl der Identifikation, Sympathie und Zuneigung
10. Sie können die Ich-Grenze überschreiten Intensive interpersonelle Beziehungen
11. Sie haben eine demokratische Charakterstruktur Freundlicher Umgang mit Menschen, ungeachtet der Klasse, Rasse, Erziehung, Glaubens
12. Sie besitzen eine starke ethische Veranlagung Feste moralische Normen. Keine chronische Unsicherheit hinsichtlich des Unterschieds zwischen richtig und falsch
13. Ihr Humor ist philosophisch, nicht feindselig Sie lachen nicht über feindselige, verletzende oder Überlegenheitswitze
14. Gesunde Menschen sind ohne Ausnahme kreativ Sie leisten Widerstand gegen Anpassungsdruck

Abb. 9.1: Merkmale für geistige Gesundheit nach Abraham Maslow





bestimmen wird, ist die **Kompetenz ihres Gesundheitswesens.**



Nachmittagsstatut der Referenten moderiert von Walter Reiss, ORF Burgenland

- **Ganzheitliche Gesundheit** (siehe 2 Auszüge im Anschluss an diesem Beitrag aus dem Buch "Der sechste Kondratieff von Leo A Nefiodow - Rhein Sieg Verlag) - die

Wachstumslokomotive des 21. Jahrhunderts. Die drohenden neuen Kosten im Gesundheitswesen kann nicht mit einem Ausbau des kurativen Therapieangebotes wirksam begegnet werden. Krankheit und Gesundheit sind Systemgemeinschaften, die vom ganzen Menschen und seiner natürlichen und sozialen Umgebung abhängig sind. Auf diese ganzheitliche Sicht - körperlich, seelisch, geistig, sozial, ökologisch und spirituell - kommt es in Zukunft an. Denn die entwickelten Gesellschaften sind in eine Phase eingetreten, in der mehr und mehr Menschen bereit und finanziell auch in der Lage sind, für ganzheitliche Gesundheit zu zahlen. Diese Fortentwicklung des Gesundheitswesens kann nur sozialverträglich gelingen, wenn die bisherigen Leistungserbringer des Gesundheitswesens den sechsten Kondratieff nicht als Bedrohung, sondern als Chance begreifen und eine führende Rolle bei seiner Gestaltung übernehmen (Nefiodow).

- Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin repräsentiert die Funktion **politischer und rechtlicher Ent-**

**scheidungskompetenz**, der Amtsleiter/die Amtsleiterin jene des **fachlichen Managements**. Dass AmtsleiterInnen diese wichtige, hauptberufliche, konstante und Fachwissen repräsentierende Rolle zukommt, hat sich vor allem seit der Gemeinderechtsnovelle 1963 herausgebildet. Die AmtsleiterInnen repräsentieren dabei die in der täglichen Arbeit im Kontakt mit den BürgerInnen so wichtige Konstanz und Professionalität, während der Impuls, der politische Veränderungs- und Gestaltungswille vor allem von BürgermeisterInnen ausgehen soll (Mag. Stern).

- Die **Gehorsamspyramide** (prinzipielle Weisungsbefugnis mit Überprüfungs- pflicht seitens der Untergeordneten) ist nach unten hin genauso anzuwenden wie auf der obersten



Dr. Roland Ebner, FLGÖ Bundesehrenobmann, bei der Publikumsdiskussion

Ebene (Bgm. - Al). Auch untergeordnete MitarbeiterInnen haben zwar Weisungen prinzipiell zu befolgen; sobald diese in Konflikt mit dem geltenden Recht kommen könnten, haben sie diese aber auch kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls entsprechende Handlungen zu setzen. Was vielleicht zunächst ungewohnt oder gar bedrohlich klingen mag, muss es aber nicht sein. Ganz im Gegenteil: Diese Funktion kann die AmtsleiterInnen entlasten und von Ihnen Druck nehmen -



Abschlussstatut durch den FLGÖ Bundesobmann Herbert Maislinger

mündige Untergeordnete können qualifizierte Entscheidungen treffen bzw. vorbereiten. Dazu ist es aber genauso notwendig, für sie Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten, eine attraktive Bezahlung und berufliche Sicherheit, die gleichzeitig für die Gemeinde die Sicherheit ist, dass einmal angesammelte Wissen und Fähigkeiten nicht verloren gehen.

Die Vorträge und eine Power-Point Präsentation finden Sie auf der neue Homepage des FLGÖ - Dachverbandes:

[www.flgö.at](http://www.flgö.at)





Eröffnungsstatments der Ehrengäste



v.l.n.r.: HR. Dr. Robert Hink, Generalsekretär des Österr. Gemeindebundes, Matthias Heinschink, Geschäftsführer des Burgenl. Gemeindebundes, LAbg. Bgm. Ing. Werner Falb-Meixner, BOB Herbert Maislinger, LOB Ernst Wild



HR. Dr. Robert Hink beim Interview mit Walter Reiss, ORF Burgenland



v.l.n.r.: HR. Dr. Robert Hink, LAbg. Bgm. Ing. Werner Falb-Meixner, LAbg. Bgm. Christian Illedits, Klubobmann, Walter Reiss, ORF-Burgenland



Prof. Mag. Johann Hölzl, Donau-Universität Krems



Prof. DDr. Christian Werner, Privatuniversität Schloss Seeburg, Seekirchen





# Vorabendprogramm

zur 10. FLGÖ Bundesfachtagung 2008

Die TeilnehmerInnen der 10. FLGÖ-Bundesfachtagung 2008 im Burgenland absolvierten am Vortag (Mittwoch, 5.11.) zur Tagung eine Weinverkostung im Weingut Paul und Andrea Wendelin in Gols.

Ab 19.00 Uhr verkosteten die Gäste Weißweine (Chardonnay, Welschriesing und Pinot gris) und exklusive Rotweine (u.a. Zweigelt, Blaufränkisch, St. Laurent, Merlot und Cabernet Sauvignon).

Im Anschluss begab sich die Gesellschaft zur kulinarischen Stärkung ins WEINWERK BURGENLAND nach Neusiedl am See.

Nach zünftigen pannonischen Schmankerln ging es - begleitet von der "Original Sautanzmusi" heiter und beschwingt weiter.

Die Kolleginnen und Kollegen amüsierten sich köstlich und nutzten bis zum späten Abend die

Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen und in gemütlicher Atmosphäre neue Kontakte zu knüpfen.



## Rechtliche Rahmenbedingungen und Erfordernisse für ein zeitgemäßes Gemeindemanagement

Das Verhältnis zwischen AmtsleiterInnen und MitarbeiterInnen



Mag. Joachim Stern, Universität Wien, gibt ein Statment zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und Erfordernissen für ein zeitgemäßes Gemeindemanagement ab.

Herr Professor Funk hat letztes Jahr an dieser Stelle über das rechtliche Verhältnis zwischen BürgermeisterInnen und AmtsleiterInnen vorgetragen. Ich möchte daran anschließen, weil es für das rechtliche Verhältnis auf untergeordneter Ebenen eine ganz zentrale Rolle spielt. Um die Eckpunkte noch einmal festzuhalten:

**Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin repräsentiert die**

**Funktion politischer und rechtlicher Entscheidungskompetenz;  
Der Amtsleiter/die AmtsleiterIn jene des fachlichen Managements.**

Dass AmtsleiterInnen diese wichtige, hauptberufliche, konstante und Fachwissen repräsentierende Rolle zukommt, hat sich vor allem seit der Gemeinderechtsnovelle 1962 herausgebildet. Dass auch BürgermeisterInnen zusehends unabhängig von der Größe der Gemeinde in ihrer



Funktion einen Hauptberuf gefunden haben, hat insgesamt zu einer Professionalisierung der Verwaltung auf Gemeindeebene geführt. Die AmtsleiterInnen repräsentieren dabei die in der täglichen Arbeit im Kontakt mit den BürgerInnen so wichtige Konstanz und Professionalität, während der Impuls, der politische Veränderungs- und Gestaltungswille vor Allem von Bürgermeisterin oder Bürgermeister ausgehen soll. Dieser Wille ist wichtig, es ist aber gleichzeitig **notwendig, ihn bei überschießenden Plänen zu korrigieren und bei mangelhaftem Willen den rechtmäßigen Betrieb aufrechtzuerhalten.**

**Diese Aufgabe kommt an erster Stelle den AmtsleiterInnen zu.** Sie müssen nicht mehr nur Weisungen ausführen, sondern sind auch **verpflichtet, auf die Rechtmäßigkeit der Entscheidungen des Bürgermeisters / der Bürgermeisterin zu achten, zu informieren, zu warnen, und unter Umständen sogar die Mitwirkung zu verweigern.** Ausgenommen davon sind lediglich Tätigkeiten ganz untergeordneter Art, wie etwa Akten tragen oder reine Schreivarbeiten.

In dieser "relativierten Gehorsamspyramide" ist ein weiterer Punkt ganz wichtig hervorzuheben: das ist die zunehmende Verrechtlichung unserer Gesellschaft, die nicht zuletzt mit dem Einflechten des Europäischen Gemeinschaftsrechts weiter zugenommen hat und zwar in inhaltlicher aber auch in rechtstechnischer Hinsicht: Durch Beihilfenverbot, Vergaberecht und das allgemeine Anti-Diskriminierungsgebot muss das Handeln wesentlich mehr rechtliche Aspekte miteinbeziehen als früher. Durch das Hinzukommen einer weiteren Rechtsordnung, die oft bei Anwendung der nationalen Regelung zusätzlich herangezogen werden muss, ist es schwieriger geworden, diese rechtlichen Aspekte festzustellen. Dass dies eine Professionalisierung

voraussetzt mit besserer Aus- und Fortbildung und die Verknüpfung vorhandener Ressourcen verlangt - insbesondere bei kleinen Gemeinden -, ist weitgehend common sense geworden.

Was bedeutet dieser zunehmende, zunächst einmal auf den AmtsleiterInnen lastende Druck für **untergeordnete Ebenen**, für die Bediensteten?

Die Antwort ist naheliegend: **Auch hier wird die Belastung nicht geringer. Die vorher geschilderte relativierte Gehorsamspyramide (prinzipielle Weisungsbefugnis mit Überprüfungspflicht seitens der Untergeordneten) ist nach unten hin genauso anzuwenden wie auf der obersten Ebene.** Auch untergeordnete MitarbeiterInnen haben zwar Weisungen prinzipiell zu befolgen; sobald diese in Konflikt mit dem geltenden Recht kommen könnten, haben sie diese aber auch kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls entsprechende Handlungen zu setzen. Was vielleicht zunächst einmal ungewohnt oder gar bedrohlich klingen mag, muss es aber nicht sein. Ganz im Gegenteil: Diese Funktion kann die AmtsleiterInnen entlasten und von Ihnen Druck nehmen: mündige Untergeordnete können qualifizierte Entscheidungen treffen bzw. vorbereiten. Dazu ist es aber genauso notwendig, für sie Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten, eine attraktive Bezahlung und berufliche Sicherheit, **die gleichzeitig für die Gemeinde die Sicherheit ist, dass einmal angesammeltes Wissen und Fähigkeiten nicht verloren gehen.**

Das bringt mich auf meinen letzten Punkt, der ebenfalls eng im Zusammenhang mit dem Europarecht bzw. seiner Interpretation steht. Als ich das erste Mal vom Thema meines Vorredners "Ganzheitliches Personalmanagement" gelesen habe, ist mir zunächst anderes in den Sinn gekommen, als wir es eben gehört haben.

Ganzheitlich habe ich zunächst in dem Sinne verstanden, dass sämtliches Personal - im Sinne von "das Ganze" Personal - erfasst sein muss. Und in diesem Zusammenhang haben sich auch auf Gemeindeebene im letzten Jahrzehnt viele Veränderungen aufgetan. Wenn heute von Gemeindebediensteten gesprochen wird, sind damit wesentlich weniger Personen erfasst, als früher. In Folge der Einbindung der Gemeinden in den sogenannten Stabilitätspakt wurden zahlreiche Ausgliederungen durchgeführt, wurden Public Private Partnerships gegründet und vielfach Aufträge an Private oder Halbprivate vergeben, die früher von Gemeindebediensteten durchgeführt wurden. Durch die vor etwas mehr als zwei Jahren durch den Europäischen Gerichtshof stark eingeschränkte Möglichkeit der Inhousevergabe (Rechtssache Halle) und damit verbunden durch die Anwendung des Vergaberechts auch wenn eine private Beteiligung an einer Gesellschaft nur in geringfügigem Ausmaß gegeben ist, wurde die rechtliche Situation für Gemeinden noch wesentlich komplizierter. Was für Gemeinden kompliziert ist, hat aber für die MitarbeiterInnen oft schwerwiegende Konsequenzen. Eine Gesamtbetrachtung zeigt nun, dass verschiedenstes Dienstrecht und Angestelltenrecht anwendbar ist und von den AmtsleiterInnen beherrscht werden muss. Für die Gemeindebediensteten bedeutet dies, dass wer früher eine sichere Anstellung hatte, nun vielleicht mit befristeten Verträgen oder gar als LeiharbeiterIn die selbe Arbeit verrichten muss, oft die selbe Arbeit wie KollegInnen zu schlechteren Bedingungen. **Das schafft Spannungen, Frustration und Passivität, die negative Auswirkungen auf alle Verwaltungsebenen haben können und nicht zuletzt auch auf die EinwohnerInnen der Gemeinden, die gerade im Sinn eines ganzheitlichen Managements nicht vergessen wer-**

den dürfen. Gleichzeitig müssen sich die AmtsleiterInnen sich nicht mehr nur im Verwaltungsrecht auskennen, sondern auch im Wirtschafts- und Unternehmensrecht Fachkenntnisse aneignen. Die Regelungen sind nicht nur dichter geworden, sie müssen in einem breiteren Feld angewendet werden.

Wie sich derzeit abzuzeichnen scheint, sind die in den letzten Jahren eingeschlagenen Wege - ob dies einst vorhersehbar war oder nicht - finan-

ziell oft nicht erfolgreich gewesen und haben vielen Gemeinden jeglichen Handlungsspielraum genommen. Der Trend scheint hin zu einer Wiederaktivierung des Staates zu gehen. Das muss nicht gleichbedeutend sein mit einer Rückkehr in ein altes System. Aber es sollte vielleicht Anlass geben, bestehendes zu überdenken und eine Kombination der Vorteile für die MitarbeiterInnen und die Gemeinden anzugehen. Arbeitsrechtliche Sicherheit gekoppelt mit Leistungsanreizen und gesteigerten

Entfaltungsmöglichkeiten kann etwas sein, das Gemeinden hier bieten können und das AmtsleiterInnen helfen kann, erfolgreich zu steuern.

*Mag. Joachim Stern, Maß.  
Universität Wien, Institut  
für Staats- u. Verwaltungsrecht  
Schottenbastei 10-16, A-1010 Wien  
Tel: +43/1/4277 354 74  
Fax: +43/1/4277 35479  
joachim.stern@univie.ac.at*

## Landesverband Oberösterreich

Wie steht's mit unserer Führungskompetenz?

OÖ. Landesfachtagung 2008

Mag. Erwin Stürzlinger, geschäftsführender Obmann, konnte zur Landesfachtagung im Veranstaltungszentrum Gunkskirchen am 27. November 2008 mehr als 150 leitende Gemeindebedienstete und auch einige Bürgermeister begrüßen. Moderiert hat die Fachtagung wieder wie im Vorjahr in bewährter Weise ORF-Redakteur Klaus Obereder.

Erwin Stürzlinger hat, nachdem Obfrau Gudrun Wittenberger ein Baby bekommt, im Sommer als 1. Stellvertreter die Geschäftsführung des OÖ. Fachverbandes übernommen und in kurzer Zeit mit seinem Vorstand die Landesfachtagung professionell vorbereitet. Stand im Vorjahr die Rolle von Bürgermeister und Amtsleiter im Mittelpunkt, wurde heuer der Schwerpunkt auf die Rolle des Amtsleiters in Hinblick auf die Mitarbeiter und damit auf die Führungskompetenz gelegt.

Im Eingangsstatement von Erwin Stürzlinger streicht der geschäftsfüh-



rende Obmann die gute Zusammenarbeit im Vorstand und mit dem OÖ Gemeindebund sowie mit der Direktion Inneres und Kommunales (Gemeindeabteilung) des Landes OÖ hervor. HR Dir. Dr. Gargitter betont im Interview, dass im die Zusammenarbeit mit dem Fachverband sehr wichtig ist und verweist, dass bei der Bürgermeisterakademie Themen bereits aufgegriffen wurden.

Neue Homepage:  
<http://www.flgoe-ooe.at>

Erwin Stürzlinger präsentiert den neuen Internetauftritt des OÖ. Fachverbandes. Die Homepage soll den Informationsfluss zu den Mitgliedern verstärken und über aktuelle Aktivitäten, die vor allem verstärkt auf Bezirksebene geplant und durchgeführt werden, berichten. Wertvolle Fachbeiträge sind dort ebenso zu finden, wie "Kommunales Management - digital".



## E-Government in Klein und Mittelgemeinden - Vision oder Realität?

Amtsleiter Mag. (FH) Reinhard Haider, Kremsmünster, über die Landesgrenzen hinaus anerkannter Fachmann auf diesem Gebiet hat sehr anschaulich und eindringlich, darauf hingewiesen, dass die Realisierung und das Gelingen von E-Government in den Gemeinden von den Führungskräften abhängt, damit die notwendigen Schritte gesetzt werden können, das ist "Chefsache".



Für Reinhard Haider ist E-Government keine Vision mehr, sondern schon Realität und verweist dabei auf die wichtigen Werkzeuge wie ZMR, Oö. Gemnet, Formularplattform Gemeindebund, Bürgerkarte usw.

Resümierend hält Reinhard Haider fest, die persönliche Anlaufstelle für die BürgerInnen wird trotzdem immer das Gemeindeamt bleiben.

### Anforderungen und Erwartungen an die Führungskraft AmtsleiterIn:



Renate Gräf, B.A., seit kurzem designierte Amtsleiterin in der Marktgemeinde Ottensheim hat aus Ihrer Bakkalaureatsarbeit zur Erlangung des akademischen Grades Bachelor of Arts in Business (B.A.), die Anforderungen sehr eindrucksvoll dargestellt. *"Es kommt bei der Führungskraft nur auf die Resultate an. Inputfaktoren wie hart zu arbei-*



*ten und Stress durchzustehen sind wichtig, aber was zählt ist der Output, also das Ergebnis."* Die "Jung-Amtsleiterin" verweist darauf, dass Führungskräfte ganzheitliches Denken, dazu die Fähigkeiten der MitarbeiterInnen kennen müssen und hier vor allem die Stärken genützt werden müssen. Mit gegenseitigem Vertrauen, wird die Motivation wachsen und die gemeinsam festgelegten Ziele auch erreicht.

### Führung auf dem Prüfstand



Ing. Mag. Ernst Balla, Lektor an der FH Linz, in der Voest-Alpine AG für Personalentwicklung zuständig hat in seinem Vortrag die Bedeutung von "führen" hervorgehoben und eingangs markante Fragen gestellt:

- Kennen Sie Ihre Aufgaben?**
- Kennen Sie sinnvolle Werkzeuge?**
- Kennen Sie Ihre Mitarbeiter?**
- Kennen Sie sich selbst?**

Balla verweist bei den Aufgaben darauf, dass für Ziele sorgen, organisieren, entscheiden, Mitarbeiter fördern, aber auch beurteilen und messen, dazu gehört.

Mut machte er mit dem Schlusssatz: **Führungsthemen sind komplex, aber nicht kompliziert.**

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit HR. Dr. Gugler, Präs. Steininger, Gen.Dir. Dr. Leo Windtner, Mag. Balla, Renate Gräf, B.A. und Mag. Erwin Stürzlinger konnte festgestellt werden, dass die Probleme aber auch die Lösungen für Führungskräfte, egal ob in der Wirtschaft, beim Land oder in den Gemeinden, grundsätzlich ähnlich sind und mit den gleichen Instrumenten gearbeitet wird. Soziale Kompetenz, stetige Bereitschaft zur Fortbildung und Einbindung der MitarbeiterInnen gehören zu den Erfolgsgaranten für Führungskräfte.

Nach einer Präsentation des Leistungsspektrums für Gemeinden der Energie AG, die dankenswerter Weise als Hauptsponsor auftrat und Zaubereien vom ehemaligen Amtsleiter Vogtenhuber, wurde die Veranstaltung bei einem leckeren Buffet mit ausgiebigem Small Talk und viel Lob für die Organisatoren, abgerundet.

PS. Alle Berichte und auch Fotos von dieser Fachtagung finden sie auf der Homepage.

Anton Wagner,  
Amtsleiter Neumarkt i. M.

# Geografische Informationssysteme

- die effiziente Lösung für Städte und Gemeinden

Ein Geografisches Informationssystem (kurz: GIS) dient zum Betrachten, Bearbeiten, Verwalten und Analysieren von digitalen geografischen Daten. Viele Entscheidungen und Informationen in der Gemeindeverwaltung haben einen räumlichen Bezug: Ob es das Leitungsnetz, ein Wanderweg oder eine gewidmete Baufläche ist: Ein GIS in der Gemeindeverwaltung erleichtert viele Arbeitsabläufe und sollte heute zur Standardausrüstung zählen.

Die GIS-Software *rmVIEW* von *rmDATA* ist in vielen kleinen und mittleren Gemeinden aber auch in Städten unterschiedlicher Größe im täglichen Einsatz. Für die Kombination mit Kommunal-Software, MS Office-Produkten, etc. bietet *rmDATA* die optimale Lösung. Konkurrenzlos ist bei diesem GIS-Viewer auch das Preis-/ Leistungsverhältnis.

## GIS-Viewer statt großformatige Pläne

Durch den Einsatz eines GIS muss am Gemeindeamt nicht mehr mit großformatigen Plänen hantiert werden - Leitungsnetze oder der aktuelle Flächenwidmungsplan werden einfach auf dem Bildschirm betrachtet. Wenn nötig, können mit den integrierten Konstruktionsfunktionen der Software z.B. Leitungen hinzugefügt oder ein neuer Wanderweg eingezeichnet werden. Für weiterführende Planungen im Gemeindegebiet gibt man die Ausgangsdaten problemlos an Planungsbüros weiter.



*Ein GIS in der Gemeindeverwaltung erleichtert viele Arbeitsabläufe und zählt in vielen Verwaltungen bereits zur Standardausrüstung.*

"Die einfache Bedienung des GIS-Viewers *rmVIEW* erleichtert die tägliche Arbeit in unserer Abteilung wesentlich. Noch dazu können wir die Aktualisierung der grafischen Daten selbst durchführen."

*W. Wiltschnigg,  
Liegenschaftsverwaltung  
Stadtgemeinde Hartberg, Stmk.*

## Flexible und rasche Datenintegration

Nehmen wir das Beispiel einer Gemeinde mit 5.000 Einwohnern: Der Flächenwidmungsplan wird schon seit einigen Jahren digital geführt, die DKM (Digitale Katastralmappe) gemeinsam mit den Luftbildern einmal im Jahr auf CD geliefert. Planer und Ingenieurkonsulenten schicken regelmäßig Ent-

würfe oder verbücheringfähige Pläne digital an die Gemeinde. All diese Daten werden in unterschiedlichen Formaten einfach und direkt in *rmVIEW* integriert und gemeinsam genutzt. Die DKM bildet die Basis. Für eine bessere Orientierung werden die Luftbilder in den Hintergrund gelegt und für bauliche Belange wird der Flächenwidmungsplan (transparent) überblendet.

Über das Internet lassen sich auch WMS-Daten (Web Map Service) mit den lokal verwalteten Daten bestens kombinieren.

## Anbindung an die Kommunal-Software

Die Verknüpfung des Geoinformationssystems mit der meist



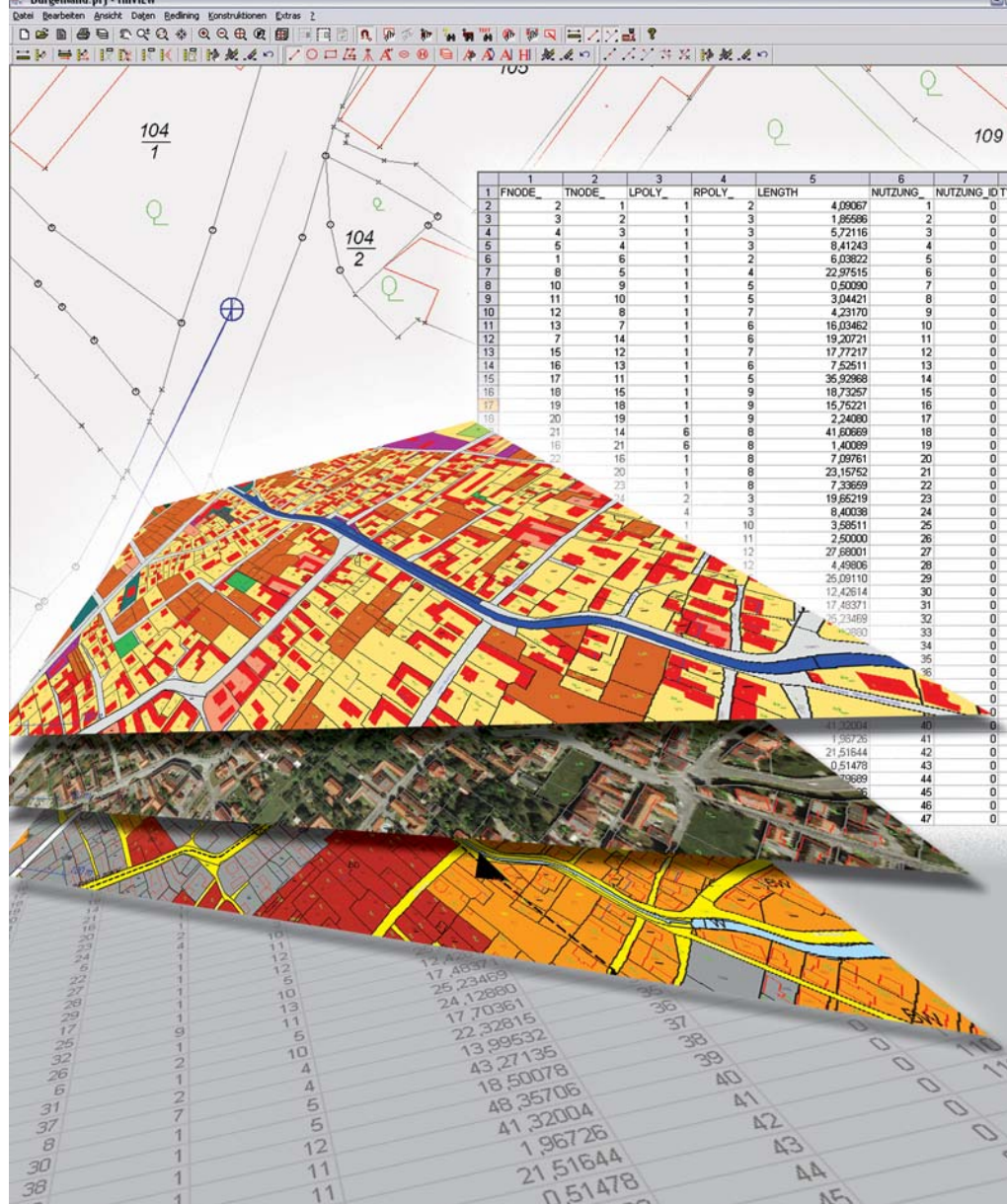
bereits vorhandenen Kommunal-Software sorgt für einen effizienten GIS-Einsatz: Über so genannte Nachbarschaftsabfragen ermittelt man per Mausklick alle betroffenen Grundstücke für eine Bauverhandlung. Mit der direkten Anbindung an die Kommunal-Software können auch die Einladungen aus der Bauaktverwaltung ausgedruckt werden.

## Grundstücksbezogene Daten

Mit der Kombination von *rmVIEW* und *rmINFO/GDB* bietet *rmDATA* kleinen Gemeinden eine optimale Lösung, wenn es um die Visualisierung von grundstücksbezogenen Daten geht. In *rmINFO/GDB* werden Einlagezahlen, Eigentümer, Belastungen usw. in einer Datenbank verwaltet, die (geo-)grafischen Daten dazu befinden sich in *rmVIEW*. In *rmVIEW* selektierte Grundstücke übernimmt *rmINFO/GDB*. Dort erstellt man in einfacher Weise Serienbriefe, Grundstückslisten mit beliebigen Informationen zum Grundstück oder Eigentümer, usw. Oder Sie suchen in *rmINFO/GDB* alle Grundstücke eines Eigentümers und stellen diese in *rmVIEW* grafisch dar, z.B. mit einer färbigen Flächenfüllung. Weitere Funktionalitäten und Möglichkeiten in *rmINFO/GDB* runden die Gesamtanwendung ab.

## Leitungskataster: führen, verwalten, aktualisieren

Das Thema "Digitaler Leitungskataster" ist aufgrund der Möglichkeiten zur Förderung auch in Kleingemeinden aktuell. Mit *rmVIEW* werden Leitungs-Daten im DXF-, DWG, Excel- oder Shape-Format komfortabel in den vorhandenen GIS-Datenbestand integriert. Mit Hilfe von Zeichen-



Mit einem GIS-Viewer können Daten unterschiedlicher Quelle kombiniert werden, Abfragen gemacht und selbst Leitungen oder Wege konstruiert werden.

und Konstruktionswerkzeugen führt der Gemeindebedienstete bei Bedarf Ergänzungen durch oder erstellt selbst den Leitungsverlauf - inklusive Symbole für Kanalschächte, Hydranten, usw. Natürlich können auch Beschriftungen oder Bemaßungen eingefügt werden. Komfortable Druckfunktionen stehen ebenfalls zur Verfügung.

abwicklung im Bereich Vermessung und Geo-Information.

Mehr als 300 Gemeinden und Städte in Österreich vertrauen bereits auf Software von *rmDATA*.

[www.rmdata.at](http://www.rmdata.at)



# Landesverband **Vorarlberg**

## Landesfachtagung der Leitenden Gemeindebediensteten Vorarlbergs

Etwa 60 leitende Gemeindebedienstete aus dem ganzen Land und eine Reihe hochrangiger Ehrengäste sind am Donnerstagnachmittag, 13.11.2008 zur diesjährigen Landesfachtagung des FLGÖ Vorarlberg in den Hofsteiger nach Schwarzach gekommen.

Im Verlaufe dieser Fachtagung wurde "Aktuelles ins Rampenlicht" gerückt. Zu ausgewählten Themen des Gemeindegeschehens wurde in Kurzvorträgen kompetent und interessant informiert. Die vier Vorträge betrafen die "**Entwicklungen in der stationären Langzeitpflege**", die "**Konzeption des Feuerwesens**", das Pilotprojekt "**Dokumentenmanagementsystem für die Gemeinden**" und die "**Auswirkungen der Finanzkrise auf die Gemeinden**".

Landesobmann GSekr. Helmut Burger konnte neben dem Hausherrn Bgm. Helmut Leite aus Schwarzach, Landtagspräsident Gebhard Halder, den Präsidenten des Vorarlberger Gmd. Verbandes, Bgm. Mag. Wilfried Berchtold, sowie den stellvertretenden Bezirkshauptmann des Bezirkes Bregenz Dr. Edmund



Landtagspräsident Gebhard Halder, LOB Helmut Burger, Bgm. Helmut Leite

Kräutler begrüßen. Unter den interessierten Zuhörern waren u.a. Dr. Otmar Müller (GF Gemeindeverband), Mag. Ulrich Lenz (GF Gemeindefinanz), Dr. Marion Plaickner (Leiterin Verwaltungsakademie) und Wolfgang Stoppel (Obmann Gewerkschaft der Gemeindebediensteten).



*GSekr. Helmut Burger  
Landesobmann Vorarlberg*





# Energiesparen und Umweltschutz mit Energy-Contracting der Bank Austria

Gemeinden, die trotz wirtschaftlichen Drucks Modernisierungsinvestitionen tätigen und in den Umweltschutz investieren möchten, finden im Energy Contracting eine interessante Alternative und in der Bank Austria einen kompetenten Partner

Heute stehen Gemeinden im Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit durch infrastrukturelle Maßnahmen die Lebensqualität für ihre Einwohner zu halten bzw. zu verbessern und der Herausforderung, mit finanziellen Ressourcen schonend umzugehen. Nicht zu vergessen ist dabei auch die Umweltschutzkomponente. Denn nicht selten heißt Modernisierung heute Energie effizienter zu nutzen, die Umwelt und das Klima zu entlasten und damit einen Beitrag für die intakte Umwelt kommender Generationen zu schaffen.

Umso entscheidender wird für Gemeinden kompetente und partnerschaftliche Finanzberatung, um bestehende Positionen zu prüfen und zukünftige Projekte bereits in der Konzeptphase detailliert zu analysieren. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der richtigen Auswahl aus der breiten Palette von Zinsabsicherungs- und Optimierungsinstrumenten bis hin zu alternativen Finanzierungsmöglichkeiten wie es eben Contracting eine ist.

## Finanzierung durch Energiekosteneinsparung - niedrigere Energiekosten auf Dauer

Eine bereits erprobte Form im Bereich der Energieeinsparungs-Investitionen ist das Energy - Contracting. Bei diesem Finanzierungsmodell wird von einem Unternehmen, das die nötigen Sanierungen bzw. Neuinstallationen durchführt auch die Vorfinanzierung übernommen. Es empfiehlt sich, schon in der Planungsphase einen Kundenbetreuer der Bank Austria zu involvieren, der bei der Auswahl eines geeigneten Contracting - Partners behilflich sein kann. Die eigentlichen Investitionskosten werden nach Umsetzung aus der erzielten Energiekosteneinsparung an das Unternehmen rückfinanziert. Dadurch kommt es zu keiner zusätzlichen Belastung des Gemeindebudgets. Nach Ablauf der Amortisationszeit profitiert die Gemeinde von den niedrigen Energiekosten.

Und auch die Bank Austria selbst setzt bei ihren Energie-Effizienz-



*"Energy - Contracting ist eine interessante Alternative für Gemeinden, die trotz wirtschaftlichem Druck in den Umweltschutz investieren möchten", sagt Wolfgang Figl, Leiter Public Sector in der Bank Austria.*

Aktivitäten auf Contracting. So wurde vor kurzem im Rahmen eines Contracting - Projektes am Standort Julius Tandler Platz in Wien der Austausch von 300 Beleuchtungsmittel durchgeführt. Die alten Leuchtmittel (á 80 W) wurden dabei durch moderne Energiesparlampen mit Alurefektor (á 20 W) ersetzt. Durch diese Maßnahme wird der jährliche Stromverbrauch um 43.000 KWh und der CO2 Ausstoß um 7,3 t reduziert. Angenehmer Nebeneffekt: eine deutlich bessere Lichtstärke!

Wenn Sie Interesse an dieser budget- und klimaschonenden Finanzierungsvariante haben, richten Sie Ihre Anfragen bitte an:

**Bank Austria**  
Public Sector  
Wolfgang Figl

Telefon 050505 - 41691 DW

E-Mail: [public.sectore@unicreditgroup.at](mailto:public.sectore@unicreditgroup.at)



# Landesverband Salzburg

In den **Flachgauer Gemeinden** tut sich was!  
aus der Arbeitsgruppe **“Finanz”**

Ein wichtiger Grundsatz des FLGÖ (Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten Österreichs) ist die Kommunikation und der Wissensaustausch unter den KollegInnen und der Erfahrungsaustausch mit Experten.

Bereits im Jahr 2004 wurde die **Arbeitsgruppe “Finanz”** für den Bezirk Flachgau ins Leben gerufen - und bereits zum 6. Mal trafen sich im Oktober die LeiterInnen der Flachgauer Finanzverwaltungen zur Tagung in Altenmarkt.

Geleitet und organisiert wird die Gruppe bestehend aus 37 Gemeinden von Frau Dagmar Wintermayer, Gemeinde St. Gilgen am Wolfgangsee. Die Motivation im Bezirk Flachgau ist sehr hoch. So sind bei den Veranstaltungen meist 80 - 90 % der Kassen- und Amtsleiter vertreten.



Eingeladen werden Experten aus den Bereichen Banken, Bezirksgericht, Gemeindeverband, Landesregierung, Steuerberatung, Privatwirtschaft etc.

Neben den Expertenvorträgen und anschließenden Diskussionen ist der Erfahrungsaustausch der einzelnen Gemeindebediensteten ein bedeutender Programmpunkt.

Es ist wichtig, dass die Gemeinden nicht konkurrieren, sondern zusammenarbeiten.

Eine Gemeinde braucht ausgebildetes, interessiertes und verantwortungsbewusstes Personal, um die Fragen und Probleme der Bevölkerung zu lösen sowie den immer größer werdenden Anforderungen gerecht zu werden.

Von der Erstellung des jährlichen Budgets bis zum Abschluss der Jahresrechnung wird von den

LeiterInnen der Finanzverwaltungen viel Wissen und Engagement verlangt.

Dies gelingt Dank der guten Zusammenarbeit mit den Gemeinden - aber auch mit der Politik.



Abgehalten werden diese Treffen in den verschiedenen Gemeindeämtern bzw. Seminarhotels.



*Eure*

*Dagmar Wintermayer*

Leiterin Finanzverwaltung

Gemeinde St.Gilgen am Wolfgangsee

Mozartplatz 1, A-5340 St.Gilgen

Tel. +43(06227)2445-75

Fax +43(06227)8175

mailto:kassa@gemgilgen.at

http://www.gemgilgen.at



# Kriminalpolizeiliche Profitipps gegen Dämmerungseinbrecher

Ende Oktober ging die Sommerzeit zu Ende, aber auch unabhängig davon wird es entsprechend der Jahreszeit täglich früher dunkel. Dies wiederum nehmen alljährlich und geradezu in dieser Jahreszeit vermehrt Kriminelle zum Anlass, ungebeten in Wohnhäuser, Villen und auch in Wohnungen einzudringen. Dabei machen sie oft schnell und leicht große Beute.

Um sich selber wirkungsvoll vor solchen kriminellen Angriffen zu schützen, sollten Sie einige Grundsätze der Vorbeugung beachten:

- Versperren Sie grundsätzlich Ihre Außentüren und schließen Sie die Fenster. Gekippte Fenster ziehen Einbrecher geradezu an. Überprüfen Sie, ob Schlosszylinder vorstehen und decken Sie diese gegebenenfalls innen verschraubt mit einer Rosette ab.



- Zeigen Sie nicht offensichtlich ihre Abwesenheit durch eine offene leere Garage und Dunkelheit im Hause. Licht im Außenbereich (Bewegungsmelder) verunsichert Eindringlinge.



Lassen Sie daher auch in Ihrer Abwesenheit bei Dunkelheit Licht in einigen Räumen an oder steuern Sie Lichtquellen mit einer Zeitschaltuhr.

- Besprechen Sie sich mit Ihren Nachbarn (insbesondere bei längerer Abwesenheit) und verständigen Sie auch die Polizei, wenn Sie in Ihrer nachbarschaftlichen Umgebung Verdächtiges wahrnehmen.

- Lassen Sie keine größeren Geldbeträge im Wohnbereich liegen oder wertvollen Schmuck im Badezimmer. Besser als ein gutes Versteck ist ein Banksafe oder ein entsprechender Tresor.

- Einbruchhemmende Rollläden bei Fenstern, Terrassen- oder Balkontüren sind für Einbrecher ebenso wie eine eventuelle Alarmanlage eine Abschreckung.

- Lassen Sie keine Hilfsmittel wie Leitern, Werkzeuge und dergleichen für Einbrecher im Außenbereich liegen und unterbrechen Sie die Stromzufuhr zu Steckdosen im Außenbereich während der Abwesenheit und in der Nacht.

- Im Falle krimineller Angriffe wählen Sie bitte nur die Notrufnummer 133.

Die besonders geschulten Beamten des Kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes stehen Ihnen aber auch gerne für eine individuelle, objektive und kostenlose Beratung vor Ort zur Verfügung. Anfragen können direkt über das Landeskriminalamt oder die zuständige Polizeiinspektion gerichtet werden. Wissen schützt. Weil wir wollen, dass Sie sicher leben:

*Landespolizeikommando Salzburg  
Landeskriminalamt*

*"Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst"*

*Rupert Huttegger, CI ; Alois Reichl, AI*

*Alpenstraße 90, 5020 Salzburg*

*Tel.: +43 (0)59133/ 50 - 3333*

*oder: + 43 (0)664/ 32 30 505*

*Fax: + 43 (0)59133/ 50 - 3009*

*E-Mail: rupert.huttegger@polizei.gv.at*

*oder: alois.reichl@polizei.gv.at*

**KRIMINAL  
PRÄVENTION**

# Katastrophenschutz in Österreich

## Aufgabe und Herausforderung für Gemeinden?

Die Hochwasser-, Sturm- und Schneereignisse sowie die technischen Unglücke von Lassing über den Tauerntunnelbrand bis hin zum Standseilbahnunglück in Kaprun, aber auch der oft zitierte Klimawandel mit all seinen Auswirkungen haben in den letzten Jahren den Menschen in ganz Österreich die Notwendigkeit eines funktionierenden Katastrophenschutzes eindrucksvoll vor Augen geführt. Damit im Anlassfall das Zusammenwirken von der Einzelperson bis hin zu staatlichen Organisationen und Behörden funktionieren kann, bedarf es der Mitarbeit und zeitgerechten Vorbereitung aller, auch der Gemeinden.

Österreich verfügt über ein flächendeckendes System des vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenschutzes. Als besondere Stärke des österreichischen Katastrophenschutzes sind die Dichte der Versorgungseinrichtungen und die große Personalressourcen hervorzuheben. Darüber hinaus ist Österreich in die internationalen Netzwerke der grenzüberschreitenden Katastrophenhilfe der EU, NATO/PfP und der Vereinten Nationen eingebunden und hat mit zahlreichen Staaten bilaterale Vereinbarungen für die gegenseitige Hilfe in Katastrophenfällen abgeschlossen, auf die im Bedarfsfall zurückgegriffen werden kann.

### Aufgaben, Zuständigkeiten u. Schnittstellen im Rahmen des Staatlichen Krisen- u. Katastrophenschutzmanagements:

Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren und zur Bekämpfung von Auswirkungen von Elementarereignissen gliedern sich im Wesentlichen in die Zuständigkeitsbereiche



(Foto BH Zell a. S.)

Mittersill wurde im Juli 2005 zum "Hochwasserofer". Der Koordinierungs-, Betreuungs- und Unterstützungsbedarf im Ort im Zusammenwirken aller war eine gewaltige Herausforderung, die auch vor Gemeindeamt und Bürgermeister nicht Halt machte.

- des Rettungswesens,
- des Feuerwehrwesens,
- der Katastrophenhilfe,
- der erste allgemeine Hilfeleistung
- der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit.

Dazu kommen spezielle notstandspolizeiliche Zuständigkeiten auf Grundlage bundes- bzw. landesrechtlicher Bestimmungen, wobei zusehends besondere Maßnahmen zum Schutz vor radioaktiven und chemischen Kontaminationen und zur Verhinderung übertragbarer Krankheiten an Bedeutung gewinnen.

Vor allem die Bereiche des Rettungs-, Feuerwehrwesens und der Katastrophenhilfe sollten in diesem Zusammenhang für die Gemeinden von besonderem Interesse sein, die im Folgenden genauer betrachtet werden.

### Rettungswesen

Das Rettungswesen ist Angelegenheit der Bundesländer. Nach

den landesrechtlichen Bestimmungen ist das allgemeine und ggf. besondere Hilfs- und Rettungswesen von den Gemeinden im Rahmen ihres eigenen Wirkungsbereiches zu besorgen. Diese haben sich zu diesem Zweck einer durch die jeweilige Landesregierung anerkannten Rettungsorganisation zu bedienen. Nur im Bundesland Wien ist eine Berufsrettung eingerichtet. Die Flugrettung wird von Bund und Ländern auf Basis einer 15a Vereinbarung gemeinsam betrieben.

### Feuerwehrwesen

Ebenso obliegt den Ländern die Regelung des Feuerwehrwesens. Die Gemeinden sind nach landesrechtlichen Bestimmungen verpflichtet, freiwillige Feuerwehren aufzustellen und sich dieser für die Besorgung der örtlichen Feuer- und Gefahrenpolizei zu bedienen.

Daneben gibt es vorrangig in den Landeshauptstädten Berufsfeuerwehren und je nach Notwendigkeit Betriebsfeuerwehren mit klar definiertem Aufgabenspektrum.



Aufgaben der Feuerwehren sind neben der Brandverhütung und -bekämpfung auch die allgemeine Gefahrenabwehr und die technische Hilfeleistung nach Unglücksfällen.

## Katastrophenhilfe

Überwiegend in die Landeszuständigkeit fällt auch die Katastrophenhilfe. Auch dazu haben die Länder landeseigene Katastrophenhilfegesetze erlassen, denen zumindest folgende Punkte gemein sind:

- Ein unvorhergesehenes Ereignis steht unmittelbar bevor oder ist bereits eingetreten.
- Es besteht eine konkrete Gefahr für Menschen, Tiere, Güter oder Umwelt.
- Ein außerordentliches Schadensausmaß.
- Die Notwendigkeit der koordinierten Führung durch die Behörde.

Zu den wesentlichsten Merkmalen des österreichischen Katastrophenschutzsystems zählt das Freiwilligenprinzip, das heißt, dass der Katastrophenschutz in personeller Hinsicht überwiegend auf freiwilligen Einsatzorganisationen aufbaut.



(Foto Franz Neumayr)

Eine große Anzahl von Einsatzkräften war im November 2000 binnen weniger Stunden beim Standseilbrand in Kaprun vor Ort. Ein Großteil davon musste im Gemeindegebiet über Tage untergebracht und versorgt werden.

Aufgrund wehrrechtlicher Bestimmungen ist darüber hinaus das Österreichische Bundesheer verpflichtet, den zivilen Behörden bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs Assistenz zu leisten. Die Anforderung



(Foto Franz Neumayr)

Über 700 Journalisten aus aller Welt, mit Redaktionszeiten rund um die Uhr "belagerten" im November 2000 tagelang Kaprun. Der Bedarf an Technik, Strom- und Telekommunikationsverbindungen musste in kürzester Zeit vor Ort hergestellt werden und auch die permanente Medienbetreuung wurde zur Bewährungsprobe für alle Beteiligten.

der Hilfeleistung des Bundesheeres kann auf den Ebenen Gemeinde, Bezirk, Land oder Bund erfolgen.

Nach landesgesetzlichen Vorschriften sind Katastrophenpläne für Gemeinden, Bezirke und Bundesländer für die vorherrschenden Gefahrenquellen zu erstellen.

Die Leitung der Katastrophenhilfe obliegt - je nach Bundesland und Größe des Ereignisses - dem Bürgermeister, dem Leiter der Bezirksverwaltungsbehörde oder dem ressortzuständigen Mitglied der Landesregierung.

Wenngleich die Vorsorgen des Bundes und der Länder auf Katastrophen- und Krisenfälle von hoher Qualität geprägt sind, **können und sollten auch die Gemeinden zeitgerecht Überlegungen und Vorbereitungen zur Bewältigung von Ereignissen außergewöhnlichen Umfangs anstellen bzw. treffen.** Die Palette ist eine breite. Im Wesentlichen geht es aber immer um die gleichen Aspekte;

### Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung, zu Themen wie

- Bevorratung wichtiger Güter des täglichen Lebens

- Zivilschutzsignale
- persönliche Sicherheitsvorkehrungen und Verhaltensregeln

### Katastrophenschutzplanungen auf Gemeindeebene hinsichtlich

- Gefahrenpotentiale und Gefährdungsbereiche
- Sicherstellung einer "rund um die Uhr" Gemeindeeinsatzleitung
- Notstromversorgung wichtiger Gemeindeinfrastruktur
- Unterstützungsleistungen und Koordinierung derselben für die Bevölkerung

### Überlegungen zur örtlichen Raumstruktur im Anlassfall für Einrichtungen wie

- Einsatzleitungen
- Pressezentrum
- Großbetreuungseinrichtungen, z.B. Unterkünfte (Evakuierungen), Lazarette u.s.w.
- Unterkünfte von ortsfremden Einsatzkräften
- Impfstationen

*Markus Kurcz  
Katastrophenschutzref. des Landes  
Salzburg und Bürgermeister der  
Gemeinde Elixhausen*

*e-mail: markus.kurcz@salzburg.gv.at*

# Ablagesysteme und Drucksorten

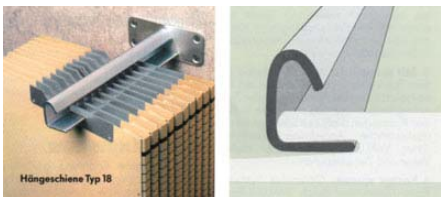
Die Firma Dr. Grazer + Co. ist seit über 50 Jahren Ihr verlässlicher Ansprechpartner für Ablagesysteme und Drucksorten.

## Perfekte Ordnungssysteme

In jahrzehntelanger Arbeit haben wir für Sie perfekte Ordnungssysteme entwickelt, mit denen Sie nachweislich Zeit sparen können.

Intelligente Lösungen ersparen Ihnen viele lästige, zeitraubende Arbeitsgänge.

Mit unseren Registratorsystemen von WÄLLER und REGIS gibt es keine lange Spurensuche. Die auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Systemregistratur funktioniert in allen Fällen.

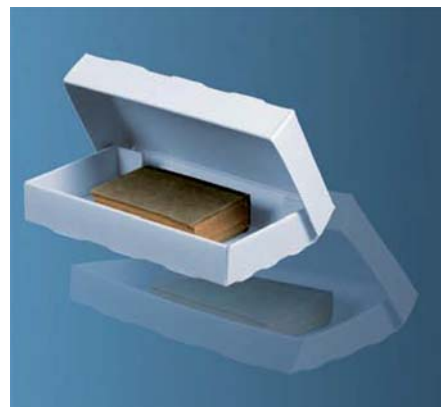


Die Fahndung ist schon zu Ende - noch ehe sie angefangen hat.

Schlüsselfertig und sofort bezugsfähig organisieren wir Ihnen Ihre individuelle Schriftgut-, Bauakten /Objekt- und Abgabenablage.

## Säurefreie Langzeitarchivierung

Für eine säurefreie Langzeitarchivierung Ihres "höchst sensiblen" Archivgutes empfehlen wir Produkte aus unserem speziell entwickelten REGIboard®.



Wir haben unser REGIboard® und unseren Archiv-Solid-Karton in Anlehnung an die DIN ISO 9706 von einem unabhängigen Institut testen lassen und die vorgegebenen Prüfkriterien, wie z.B. Alkalireserve und pH-Wert, in allen Punkten erfüllt.

Die bewährten weichmacherfreien Fototaschen bieten eine hervorragende Archivierungsmöglichkeit Ihrer wertvollen Fotos, die den Anforderungen des Photographic-Activity-Tests entsprechen.

Um Ihnen den höchstmöglichen Schutz Ihrer Archivalien sicher zu stellen, wird die Einhaltung

dieser Kriterien bei unseren angebotenen Materialien regelmäßig geprüft.

## Wahlurnen und Wahlkabinen

Unsere Wahlurnen und Wahlkabinen aus Polystyrol haben sich seit mehr als 20 Jahren in der Praxis bewährt.

"Groß" in der Nutzung schließt "klein" in der Lagerhaltung nicht aus.



Die Stapelurnen haben einen geringen Lagerplatzbedarf.





Die Wahlkabinen tragen zusammengeklappt nur 4 cm auf und lassen sich durch Spezialbeschläge mit wenigen Handgriffen aufstellen.

**Neu!!!**

Als Ihr jahrelanger Partner bieten wir Ihnen nun als zusätzliche Leistung Werbetechnik von A-Z an.

**Sehen, wo´s  
langgeht.**

Selbstverständlich, Sie kennen Ihre Adresse und den Weg zum Ziel. Ihre



Besucher auch? Zeigen Sie selbstbewusst, wo Sie sind. Geben Sie optimale Orientierung und bereits vor Ihrem Gebäude oder vor Ihrer Tür das gute Gefühl:

**Hier bin ich richtig.**



Deshalb bieten wir Ihnen: Beschilderungen, Beschriftungen, Banner, Roll-up's und vieles mehr. Fragen Sie einfach nach.



## Landesverband Salzburg

Aus dem **Bezirk Pongau** - Welchsel an der Führungsspitze!

In der Sitzung des FLGÖ Pongau am 23.10.2008 in der Stadtgemeinde St. Johann wurde der Bezirksobmann des FLGÖ Pongau Amtsdirektor Karl Heinz Karpf aufgrund seines wohlverdienten Pensionsantrittes als Amtsleiter der Marktgemeinde Bad Hofgastein als Bezirksobmann des FLGÖ Pongau verabschiedet.

ADir. Karl Heinz Karpf war für den FLGÖ ein Mann der ersten Stunde, der die Entwicklung und Bedeutung des FLGÖ maßgebend formte. Er zeichnete sich durch profunde Kenntnisse des gesamten und komplexen Gemeinderechts aus. Mit diesem Wissen beeindruckte er bei vielen Sitzungen seine Kollegen. Bei

vielen landeslegistischen Maßnahmen vertrat er die Standpunkte der Gemeinden in schriftlichen Stellungnahmen und Arbeitsgruppen. Durch sein ausgeprägtes Engagement für den FLGÖ ist es ihm gelungen bei sämtlichen Sitzungen des FLGÖ ein 90 %iges Anwesenheitsquorum der Amtsleiter des Bezirks zu erreichen und viele anregende Diskussionen zu initiieren.

Der FLGÖ Pongau möchte seinem scheidenden Bezirksobmann ADir. Karl Heinz Karpf auch auf diesem Wege noch einmal vielen Dank für seine unzähligen ehrenamtlich geleisteten Stunden aussprechen.

Der FLGÖ Pongau wünscht ihm alles Gute auf seinem weiteren Lebensweg.

Als Nachfolger von ADir. Karl Heinz Karpf wurde in der Sitzung des FLGÖ am 23.10.2008 der Stadtamtsdirektor von Bischofshofen Dr. Andreas Simbrunner LL.M, MBA, einstimmig gewählt.

*Dr. Andreas Simbrunner,  
LL.M., MBA  
Stadtamtsdirektor  
Rathausplatz 1, 5500 Bischofshofen  
Tel: +43 6462 2801 24  
Fax: + 43 6462 2801 29  
e-mail: [amtsleitung@bischofshofen.sbg.at](mailto:amtsleitung@bischofshofen.sbg.at)*



BezirksobmannStv. Richard Pronebner bedankt sich beim scheidenden Bezirksobmann ADir. Karl-Heinz Karpf für die ausgezeichnete Arbeit und wünscht für die Zukunft alles Gute



Landesobmann Mag. Erwin Fuchsberger dankt dem scheidenden Bezirksobmann ADir. Karl-Heinz Karpf für die hervorragende Arbeit im Landesverband und wünscht alles Gute und viel Gesundheit



v.l.n.r.: Dr. Andreas Simbrunner (neuer Bezirksobmann des Pongau), ADir. Karl-Heinz Karpf (scheidender Bezirksobmann), Mag. Erwin Fuchsberger (Landesobmann Salzburg)



# "Welle" sorgt für mehr Lebensqualität

Die "Welle" erzeugt ein Wirkungsfeld, in dem Störfelder, wie z. B. "Wasseradern", "Erdstrahlen" und Elektromog, die Mensch und Tier belasten, ausgeglichen werden.

In Zusammenarbeit mit dem FLGÖ Dachverband hatten wir im Zuge der 10. FLÖG Bundesfachtagung 2008 im Burgenland die Gelegenheit Ihnen Interessantes über die **GeoWave®-Welle** und deren ausgleichende Wirkung für Wohnhäuser, Wohnungen, Büros, Schulen und Kindergärten usw. zu berichten.

In diesem Zusammenhang dürfen wir nochmals dem **Gewinner der GeoWave®-Welle**, der **Gemeinde Mannersdorf a.d. Rabnitz**, herzlich gratulieren und hoffen, dass sich die positive Wirkung im Gemeindeamt bereits eingestellt bzw. gezeigt hat.



Im Zuge der Bundesfachtagung wird an die Gemeinde Mannersdorf an der Rabnitz, Herrn OAR. Helmut Müller eine GeoWave-Welle als Sieger beim Gewinnspiel überreicht. (v.l.n.r.: BOB Herbert Maislinger, Michaela Fuchsberger und Franco Russ-GeoWave, OAR. Helmut Müller)

Mit diesem Artikel möchten wir noch einmal kurz die Wirkung hervorheben und einige vielleicht auch für Sie positive Beispiele aufzeigen:

## Die GeoWave®-Welle

Die GeoWave®-Welle, ein geschwungenes Element aus einer speziellen Metalllegierung, wurde 1997 ursprünglich als Deckenverkleidung in den Krankenzimmern des Salzburger Unfallkrankenhauses von Adolf Wiebecke installiert und durch Zufall die **positive Wirkung** entdeckt, da sich die Patienten außergewöhnlich wohl fühlten "**wie im Urlaub**".

## Wissenschaftlich bewiesen

Wissenschaftliche Studien konnten die stresslindernde Wirkung nachweisen.

Tausende Wellen wurden seither erfolgreich montiert. Namhafte Unternehmen, Banken, Versicherungen, Zoll- und Finanzämter, die Arbeiterkammer Salzburg, Seniorenheime, viele Krankenhäuser und Rehab-Zentren, aber auch viele Haus- und Wohnungsbesitzer in Österreich, der Schweiz, Deutschland, Belgien, Frankreich, Irland, Schweden und in Übersee nützen die harmonisierende Wirkung der Wellen aus dem Hause GeoWave. Sogar in Indien und Süd Afrika wird die Welle schon vertrieben.

## Gleicht Störzonen aus

Die Kombination aus Form, Material und Verarbeitung der Welle erzeugt ein Wirkungsfeld, in dem Störfelder, wie z.B. "**Wasseradern**", "**Erdstrahlen**" und "**Elektromog**" die Mensch und Tier belasten, ausgeglichen werden.



**So wirkt die Welle!**



## Viele Erfolge

Viele GeoWave-Kunden berichten von beeindruckenden Erfolgen seit Montage der Welle.

**Beispiel:** Im Juni 2007 berichteten die Salzburger Nachrichten über die sensationellen Erfolge im Landesberufsschülerheim Hallein. Nach Montage von GeoWave®-Wellen in den Dachböden der Gebäude, in denen ständig 240 Schüler einquartiert sind, gab es markante Veränderungen. Raufhandel und Ruhestörungen gingen stark zurück. Es gibt seither signifikant weniger Alkoholprobleme, die Jugendlichen suchen öfter das Gespräch mit den Erziehern und die Beschädigungen von Einrichtungen gingen markant zurück. Bereits vor drei Jahren ergab eine Pilotstudie in einem Sozialpädagogischen Zentrum ganz ähnliche Ergebnisse. Die Kinder waren ruhiger und konzentrierter und das Bettnässen nahm deutlich ab.

**Beispiel:** Eine ältere Dame aus Salzburg litt unter erheblichen Schlafstörungen (bis zu 7 x/Nacht aufwachen) und konnte nach Montage der Welle wieder innerhalb von wenigen Tagen wesentlich und innerhalb von 3-4 Wochen ganz durchschlafen.

Die Welle wirkt sich auch positiv auf Krankenstand und Fluktuation in Unternehmen aus.

Adolf Wiebecke, der "Finder" der Welle: *"In einem Spital in Wien konnte der Krankenstand des Personals um 50% und die Fluktuation um 80% gesenkt werden. Wellen haben wir auch in Kuh- und Pferdeställe aufgehängt. Die Tierarztkosten konnten so minimiert werden."*

Im **"Großen Buch der ganzheitlichen Therapien"** von Bestsellerautor Dr. Rüdiger Dahlke und im

neuen Buch von Prof. Dr. Gerhard Hacker **"Die neue Dimension der Gesundheit: Ganzheitlicher Schutz vor belastenden Umwelteinflüssen"** wurden der GeoWave®-Welle und deren Wirkung eigene Kapitel gewidmet.

Unsere **GeoWave®-Welle** konnte bereits **vielfach positiv eingesetzt** werden in:

- Gemeindeämtern
- Kindergärten, Krabbelgruppen
- Volks- Haupt- u. Berufsschulen
- Seniorenwohnhäusern aber genauso in
- Krankenhäusern wie dem
- Unfallkrankenhaus Salzburg
- Salzburger Landeskliniken
- Krankenhaus Hietzing
- Kaiser-Franz-Josef Spital - Wien aber auch in Unternehmen wie z.B.
- D. Swarovski & Co, Wattens
- Bausparkasse Wüstenrot
- Salzburger Nachrichten
- Mercedes Benz
- Interspar Salzburg
- usw.



Sollten wir Ihr Interesse an unserer Welle geweckt haben oder können wir Sie bei der **Organisation eines Fachvortrages** über Störfelder, Wasseradern und die Auswirkungen auf Mensch und Tier unterstützen, oder möchten Sie gerne eine **Beratung vor Ort** haben, so rufen Sie uns einfach an:

**Tel. 0662/450851 DW 23**  
(Frau Michaela Fuchsberger)  
oder schreiben Sie uns ein  
e-mail: [info@geowave.at](mailto:info@geowave.at)



## Ihr Job? unterstützen Sie unser Team - wir freuen uns!

Da wir derzeit unser **Österreich-Team** erweitern wollen suchen wir interessierte MitarbeiterInnen, welche wir gerne nebenberuflich oder auf selbstständiger Basis für unser Team gewinnen möchten.

### Wir bieten:

- eine interessante Tätigkeit in einem innovativen Unternehmen
- eine unternehmensspezifische Ausbildung
- ein interessantes Provisions-system

*Ich darf mich bei Ihnen nochmals für die herzliche Aufnahme bei der 10. FLGÖ Bundesfachtagung im Burgenland und die vielen interessanten Gespräche bedanken und würde mich sehr freuen, wenn auch wir Ihnen einige interessante Inhalte übermitteln konnten.*

Ihre  
Michaela  
Fuchsberger



Tel.: 0662/450851-23  
[m.fuchsberger@geowave.at](mailto:m.fuchsberger@geowave.at),  
[www.geowave.at](http://www.geowave.at)



# Kommunale Ausgliederung “im Vormarsch”

Die Ausgliederungsmodelle gewinnen in vielen Gemeinden Österreichs zur Erschließung neuer Wirtschaftlichkeitspotenziale immer mehr an Bedeutung. Gerade im Blickfeld der weltweit eingetretenen Finanzkrise werden die Gemeinden noch mehr an ihrer finanziellen Gebarung und ihrer unternehmerischen (gewinnbringenden) Tätigkeit gemessen.

Die Vorteile und Gründe einer Ausgliederung liegen vorwiegend bei den geplanten Investitionen im Immobilienbereich einer Gemeinde. Zahlreiche Gründe für Ausgliederungen lassen sich an folgender Ausgangssituation aufzeigen:

- Erhöhung des Maastrichtdefizits bei Investitionen durch die Gemeinde im hoheitlichen Bereich
- Fehlende Flexibilität bei der Umsetzung von Gemeindeprojekten
- Kein Vorsteuerabzug im Hoheitsbereich einer Gemeinde
- Betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise durch Kameralistik nur eingeschränkt möglich

Die vorherigen Aufzählungen sind überzeugende und ausreichende Argumente für die Ausgliederung von Gemeindeaufgaben in eine Gesellschaft des privaten Rechts. Prinzipiell kommen als privatrechtliche Rechtsformen Personengesellschaften (zB. Kommanditgesellschaft = "KG") oder Kapitalgesellschaften (zB. Gesellschaft mit beschränkter Haftung = "GmbH") in Frage. Die KG ist die optimale Rechtsform für Gemeinden. Im

Vergleich zur Gründung einer GmbH liegt bei der KG die einfachere Gründung mit den geringeren Gründungskosten (kein Mindestkapitaleinsatz) vor. Weitere Vorteile sind die flexiblere Handhabung, geringere Veröffentlichungspflichten, keine Mindestkörperschaftsteuer sowie die einfachere Liquidation. Die typischen Tätigkeiten der KG bestehen in der Regel in dem Erwerb von grundbücherlichem Eigentum an Gemeindeliegenschaften mittels Einlage oder Ankauf und in der Durchführung von Baumaßnahmen wie der Sanierung oder Um-, Zu- oder Neubau von Immobilien (Mehrzweckhalle, Freizeitzentrum, Amtsgebäude, Bauhof, Volksschule, etc.). Die nachfolgende Vermietung oder Verkauf an die Gemeinde oder an Dritte erfolgt unter Ausübung der Option zur Umsatzsteuerpflicht von 20 % und berechtigt die KG zum vollen Vorsteuerabzug aus diesen Gebäudeinvestitionen. Zur Finanzierung der Gebäudeinvestitionen hat die KG ein Fremdkapital aufzunehmen, für deren Schulden die Gemeinde haftet.

Steuerliche Vorteile bestehen vor allem in der Geltendmachung des vollen Vorsteuerabzuges aus den im Bereich dieser Liegenschaft getätigten Investitionen, welcher einem umsatzsteuerpflichtigen Mindestmietentgelt gegenübersteht, in der Gebührenbefreiung des Art. 34 Budgetbegleitgesetz 2001 bei der Übertragung von Aufgaben (Befreiung von der Gesellschaftssteuer, Grunderwerbsteuer und den Stempel- und Rechtsgebühren) und in der fehlenden Ertragsteuerbelastung bei reiner Vermögensverwaltung. Auf Ebene der Einhaltung

der Maastrichtkriterien erhöhen die auf Ebene der KG getätigten Investitionen das Maastrichtdefizit prinzipiell nicht. Die Haftung der Gemeinde für die Gesellschaftsschulden ist maastricht-neutral und die Darlehenstilgung erfolgt in Form eines Liquiditätszuschusses. Weiters bietet die privatwirtschaftliche Organisationsform die Flexibilität in der Umsetzung von Projekten. Eine bessere betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise ist durch eine doppelte Buchführung gegeben.

Abschließend werden die Voraussetzungen noch einmal aufgelistet und der Vorteil in der Mietenberechnung aufgezeigt. Die Gebietskörperschaft ist am ausgegliederten Rechtsträger zu mehr als 50% beteiligt; im Rahmen der Ausgliederung wird die Liegenschaft in das Eigentum des ausgegliederten Rechtsträgers übertragen; das Entgelt übersteigt die Betriebskosten im Umfang der §§ 21 bis 24 MRG zuzüglich einer jährlichen AfA-Komponente, gekürzt um bestimmte Bedarfszuweisungen der Länder und sonstigen öffentlichen Förderungen der Länder, des Bundes oder der EU, welche für ein bestimmtes Bauvorhaben gewährt werden und an die KG weitergeleitet worden sind. Um den Vorsteuerabzug aus den Investitionen realisieren zu können, muss einerseits eine gewisse Mindestmiethöhe verrechnet werden und andererseits die Option zur Umsatzsteuerpflicht wahrgenommen werden. Für die Wahrung des vollen Vorsteuerabzuges der Gebäudeinvestitionen ist die Ausübung der Option zur Steuerpflicht für 10 Jahre erforderlich.



Unter den jetzigen finanziellen Entwicklungen und Veränderungen sind die Gemeinden im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Aktivitäten einer erhöhten Aufmerksamkeit der Bürger und der Bürgerinnen ausgesetzt. Die aktuelle Finanzkrise wird

unter Umständen Anlass in Gemeinden sein, größeren Investitionen aus Geldmangel keinen Vorzug zu geben. Aus diesem Grund ist es im Bereich der kommunalen Ausgliederungsmodelle umso wichtiger, vor der Erschließung neuer

Wirtschaftlichkeitspotenziale die zahlreichen Schlüsselfragen zu klären und bereits vorab die strategisch richtigen Entscheidungen zu treffen.

*Ihre*



**Günter Toth**  
KommunalConsult  
Steuerberatungsgesellschaft  
Günter Toth KEG  
Sonnleitenweg 2,  
7432 Oberschützen, Burgenland  
T: 03353/7533 F: 03353/753320  
<http://www.kommunalconsult.at>



**Dr. Peter Pilz**  
KommunalConsult  
Wirtschaftstreuhand und  
Steuerberatungs GmbH  
Schubertstraße 62  
8010 Graz, Steiermark  
T: 0316/36 37 0  
F: 0316/36 37 90300  
<http://www.kommunalconsult.at>

## Landesverband **Niederösterreich**

Ein Praxisvergleich:  
NÖ Hortverordnung und NÖ Kindergartengesetz



Bürgermeister und Amtsleiter jener Gemeinden in Niederösterreich, die einen Schülerhort betreiben, haben derzeit massive Personalprobleme. Nicht nur weil es einer kleinen Gemeinde schwer gelingt, qualifiziertes Betreuungspersonal für den Hort aufzutreiben. Auch der Betrieb des Schülerhortes wird der Gemeinde nicht immer leicht gemacht. So gibt es in der NÖ

Hortverordnung beispielsweise eine Bestimmung, wonach für jede Gruppe mindestens eine ausgebildete Betreuungsperson eingesetzt werden muss. Diese Vorschrift wird von der Hortaufsicht so gehandhabt, dass der/die Hortpädagoge(in) zu jeder Zeit anwesend sein muss. Falls er/sie erkrankt und kein(e) Ersatzpädagoge(in) sofort aufzutreiben ist, muss die Gruppe noch am gleichen Tag geschlossen werden. In der Praxis stößt das auf erhebliche Schwierigkeiten.

Um die Eltern nicht zu verärgern, wird dann irgendeine "Lösung" gefunden.

UNSER WUNSCH DAZU : bitte uns eine ähnliche Regelung wie im Kindergarten zugestehen, wonach eine Kindergruppe zwei Tage provisorisch von der Betreuungskraft übernommen werden darf.

Der NÖ FLGÖ steht mit dem Land Niederösterreich diesbezüglich bereits in Kontakt.



**Dr. Hannes Mario Fronz,**  
NÖ FLGÖ

# Landesverband Kärnten

“Ausgliederung - Neue Wege für die Gemeinden?”

Am 24. September 2008 fand die diesjährige Landestagung des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten Kärntens - FLGÖ im Fuchspalast in St. Veit/Glan statt. FLGÖ-Landesobmann Kurt

Thelesklaf konnte zahlreiche Ehrengäste zur bestens besuchten Veranstaltung begrüßen; in Vertretung von LH Dr. Jörg Haider, BR Bgm. Siegfried KAMPL, Kärntens Gemeindereferenten LH-Stv.

Reinhart ROHR, geschäftsführender Bezirkshauptmann Dr. Hans SCHULLER, den Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes Votr. Hofrat Dr. Robert HINK und den Geschäftsführer des

Kärntner Gemeindebundes Mag. Stefan PRIMOSCH, Herrn Mag. Bojan MAŽGON vom Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten Sloweniens sowie Frau Dr. Sabina FRANCESCATTO als Vertreterin der grenznahen Gemeinden Italiens, den Landesobmann der GdG Ing. Franz LIPOSCHKE und Landessekretär Manfred WURZER, den Direktor der Kärntner Verwaltungsakademie Dr. Simon KORENJAK, von der FH Technikum Kärnten Frau Dr. Franzisca CECON, den Ehrenobmann des FLGÖ Dachverbandes Dr. Roland EBNER und las not least die Vortragenden Hausherrn Bürgermeister Gerhard MOCK, Dr. Franz STURM, Mag. Roland SCHWARZ und Dr. Helmut BRANDSTÄTTER begrüßen.

Musikalisch umrahmt wurde die Landestagung durch das Bläserensemble der Eisenbahnerkapelle St Veit an der Glan.

Inhaltlich widmete sich die Landestagung dem Schwerpunkt Ausgliederung. Im Dilemma zwi-



LO Thelesklaf, Dr. Brandstätter, Dr. Francescato, Bgm. Mock, Mag. Schwarz, Dr. Sturm, HR Dr. Hink, Mag. Mažgon

schen wachsenden Aufgaben einerseits und enger werdenden finanziellen Spielräumen andererseits, sind die Gemeinden gefordert, über herkömmliche Lösungen hinaus nachzudenken. Eine Möglichkeit scheint die Ausgliederung von Gemeindeaufgaben in rechtlich selbständige Organisationseinheiten zu sein.

Einleitend informierte Dr. Franz Sturm, Vorstand der Gemeindeabteilung beim Amt der Kärntner Landesregierung über die Motive und Zielsetzungen von Ausgliederungen. Die Defizite klassischer Verwaltungsstrukturen sind zum einen die Reduzierung der finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand und die zum anderen die Begründung immer neuer öffentlicher Aufgaben. Daraus ergeben sich eine Reihe von Motiven für Ausgliederungen, wie z. B. die Abkürzung komplexer Leistungsstrukturen, die Ermöglichung flexiblerer Entscheidungsprozesse, die Überwindung starrer besoldungs-

rechtlicher Strukturen, die Entlastung des (traditionellen) Verwaltungsapparates der Gebietskörperschaften oder die mittelfristige Entlastung der öffentlichen Haushalte. Bundesverfassungsrechtliche Vorgaben für die Ausgliederung von Aufgaben aus der Gemeindeverwaltung sind insbesondere das Sachlichkeitsgebot des Gleichheitsrechtes, das Effizienzprinzip und das Ingerenzprinzip.

Nach § 104 Abs. 1 lit. d) K-AGO bedürfen der Genehmigung der Landesregierung die Errichtung von Kapitalgesellschaften einschließlich der Änderung von Gesellschaftsverträgen sowie der Beitritt zur Kapitalgesellschaften. Die Zielsetzungen von Ausgliederungen können ökonomischer bzw. betriebswirtschaftlicher, regionalpolitischer oder ordnungspolitischer Natur sein. Dazu zählen beispielsweise die Erfüllung der fiskalischen Maastricht-Kriterien, die Reduktion von hoheitlichen Aufgaben, die Verbesserung der Kosten- und Leistungstranspa-



renz und die Miteinbeziehung von (privaten) Partnern. Vorteilhaft erweist sich in der Regel die Beschleunigung von Entscheidungsabläufen, die Steigerung des Kostenbewusstseins, die Flexibilisierung der Personalpolitik und die Lukrierung von Steuervorteilen. Hingegen werden die Verringerung der öffentlichen Kontrolle, die Erhöhung des Verwaltungsaufwandes und der Verlust von Synergieeffekten als Nachteile gesehen. Ein Expertentipp noch: In jedem Fall sollten die Gemeinden vor einem Ausgliederungsschritt das Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde herstellen.

Über die Rechtsformenwahl und die steuerlichen Aspekte von Ausgliederungen informierte Steuerberater und Vortragender bei der Kärntner Verwaltungsakademie Mag. Ronald Schwarz. Die Vor- und Nachteile einer Ausgliederung in eine KG oder aber in eine GmbH wurden einander gegenübergestellt. Die optimale Rechtsform ist immer mit den Motiven und Zielsetzungen der Ausgliederung abzustimmen. Die steuerlichen Aspekte wurden am Beispiel einer Ausgliederung anhand einer Immobilien KG dargestellt, konkret die Finanzierungs- und

Steuervorteile im Zusammenhang mit dem Bau eines Feuerwehrhauses.

Der Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes Vtrr. Hofrat Dr. Robert Hink, verwies in seinem Statement darauf, dass die Gründung von Genossenschaften im Tätigkeitsfeld von Gemeinden nicht nur eine Reihe rechtlicher Vorteile bietet, sie kann auch dazu beitragen, die Einbindung der Bevölkerung in gemeinderelevante Bereiche wieder zu erhöhen.

Abschließend informierte der Bürgermeister Gerhard Mock über die Erfahrungen mit Ausgliederungen. Die Stadtgemeinde St. Veit an der Glan ist auch dafür bekannt, dass sie als Gemeinde unternehmerisch agiert und eine Reihe von Aufgaben über ausgegliederte Rechtsträger, die in der St. Veit-Holding zusammengefasst sind, anbietet. Die bisherige erfreuliche Entwicklung der Gesellschaften in St. Veit an der Glan ist seit der Gründung der ersten Gesellschaft wesentlich auf den Weitblick und die Beharrlichkeit der politischen Entscheidungsträger, allen voran Bürgermeister Gerhard Mock, zurückzuführen, wobei es ungeachtet zahlreicher Widerstände und Unken-

rufe gelungen ist, St. Veit an der Glan die Entwicklung zu einer prosperierenden Bezirksstadt im Kärntner Zentralraum zu ermöglichen.

Mit der Holding hat die Stadtgemeinde St. Veit an der Glan eine steuerlich und organisatorisch optimierte Gesellschaftsstruktur, mit der es ihr möglich sein wird, weitere Betriebe auszugliedern und neue Betriebe in den Betriebsgesellschaften zu gründen.

Am Nachmittag referierte Dr. Helmut Brandstätter zum Thema Kommunikation in erfrischend anschaulicher Art und Weise. Sein Credo, dass "Zuhören so wichtig ist und es auf jedes Wort ankommt" verdeutlichte der ehem. ORF-Reporter an zahlreichen Beispielen.



Beim Stadspaziergang

Zum Abschluss der gelungenen Tagung wurde bei einem gemeinsamen Stadspaziergang mit Bürgermeister Gerhard Mock die



Beim Sektempfang von Bgm. Mock im St. Veiter Rathaus

reale Umsetzung eines Stadtentwicklungskonzeptes erlebt und beim abschließenden Sektempfang konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch einiges über die erfolgreiche Entwicklung von St. Veit/Glan erfahren.

## Silbernes Ehrenzeichen



Der Geehrte im Kreis der Mitglieder des Landesvorstandes

Im Rahmen der Landestagung wurde der 1. Landesobmann-Stv. Reinhard Glantschnig für sein erfolgreiches Wirken und seine Verdienste um den Fachverband mit dem Silbernen Ehrenzeichen des FLGÖ-Kärnten ausgezeichnet.

*Rückfragen:*

*FLGÖ-Landesverband Kärnten,*

*Obmann:*

*Stadtsamtsleiter Kurt Thelesklaf,*

*pA Stadtgemeinde Hermagor-Pressegger See,*

*Rathaus, Wulfeniaplatz 1, 9620 Hermagor,*

*Telefon: 04282 2333-21, Fax: 04282 2333-24,*

*E-Mail: kurt.thelesklaf@ktn.gde.at*

## Die Bedeutung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Gemeindebedienstete **„Das Personal ist die wichtigste Ressource der Gemeinde“**

Gemeinden - als Organisationen des öffentlichen Sektors - sehen sich mit Veränderungen interner Organisationsstrukturen und externer Rahmenbedingungen konfrontiert, welche vom Verwaltungspersonal - zur Umsetzung der unter dem Schlagwort "New Public Manage-

ment" firmierenden Reformschwerpunkte - gänzlich neue oder aber auch teilweise überdurchschnittlich hohe, anspruchsvolle oder kreative Tätigkeiten abverlangen. Parallel dazu kann jeder Haushaltsaufstellung entnommen werden, dass das Personal zweifelsfrei den wertvollsten und teuersten "Produktionsfaktor" einer Verwaltung darstellt, gleichzeitig aber hinsichtlich der Einräumung von persönlichen Entfaltungsspielräumen oder der Ausschöpfung von Entwicklungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten einen entsprechenden Nachhol- und Veränderungsbedarf im Vergleich zur Privatwirtschaft aufweist.

Eine bürgernahe, effektive und effiziente Gemeinde benötigt motivierte und qualifizierte MitarbeiterInnen, welche ergebnisorientiert handeln und somit eine leistungsgerechte Entlohnung erwarten, wobei die Leistungsfähigkeit und Qualität der Gemeinde selbst stark vom Engagement, den Einstellungen und den Fähigkeiten der eigenen MitarbeiterInnen und Führungskräfte abhängt. Somit kommt den Humanressourcen in Gemeinden die Rolle als wichtigstes Leistungspotenzial bzw. Leistungsreserve zur Steigerung der Effizienz und Qualität des Verwaltungshandelns zu, wodurch die MitarbeiterInnen somit immer stärker zum Erfolgs- aber auch Engpassfaktor für den öffentlichen Sektor werden. Zur Beseitigung der derzeit bestehenden Defizite in der Diskussion um eine "wirkungsorientierte Verwaltung" bedarf es zweifelsohne eines verstärkten Einsatzes von Instrumenten der Personal- und Führungskräfteentwicklung, um den Anforderungen die durch die Reformbewegung des New Public Managements gestellt wurden, gerecht zu werden.

In diesem Zusammenhang stellt sich nun die Frage, wie die VerwaltungsmitarbeiterInnen zu eben-

diesen Leistungen entsprechend nachhaltig motiviert werden können, zumal die Literatur ein umfangreiches Angebot an Vorschlägen aufweist, andererseits die Privatwirtschaft ähnliche Entwicklungen bereits vor Jahrzehnten durchlebt hat. Es gilt: **"Wer Leistung fordert, muss Sinn bieten."** MitarbeiterInnen können demnach zu oben genannten Leistungen motiviert werden, indem einerseits **"Sinn-volle"** bzw. **"Sinn-machende"** Herausforderungen und Tätigkeiten angeboten werden, und diese wiederum andererseits mit entsprechenden Motivatoren und Anreizsystemen im Sinne der Nachhaltigkeit bzw. entsprechenden Steuerungsmöglichkeiten in Hinblick auf das von der Verwaltung zu erreichende Ziel entwickelt und verknüpft werden.

Dabei ist es unumgänglich, die bestehende Verwaltungs- mit einer (anstehenden) Dienstrechtsreform zu verzahnen und als umfassendes Reformpaket für Gemeinden zu implementieren, da Funktionen von Organisation und Personal vielfältig aufeinander bezogen und miteinander verknüpft sind. Nicht allein die Neugestaltung von Organisationsstrukturen ist für eine Umstrukturierung ausreichend, zumindest genauso wichtig ist es, die von der neuen Situation Betroffenen zu qualifizieren und zu motivieren, sowie sie in den Veränderungs- und Umgestaltungsprozess aktiv mit einzubeziehen, zumal neue Strukturen ein danach ausgerichtetes Personalwesen erfordern. Der Erfolg der Reformen hängt demnach davon ab, inwieweit es gelingt, ein dynamisches Gleichgewicht zwischen Leistungs- und Veränderungsanforderungen der Gemeinden und den Entwicklungsbedürfnissen und -möglichkeiten der MitarbeiterInnen herzustellen, wobei der jeweilige organisatorische als auch rechtliche Rahmen nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Die Abstimmung zwischen den personel-



len Bedürfnissen und den organisatorischen Anforderungen aber auch Rahmenbedingungen, obliegt in erster Linie den Vorgesetzten in den Gemeinden, deren Hauptaufgaben in der Festlegung und Erarbeitung der mittel- und langfristigen Ziele als auch der Ausrichtung der Entwicklungsvorstellungen (auf Basis von Mitarbeitergesprächen) der MitarbeiterInnen auf eben jene organisatorischen Ziele hin liegen, wodurch den Vorgesetzten damit die Rolle des wichtigsten Trägers / der Trägerin der Personalentwicklung zukommt. Diese Funktion darf jedoch nicht als Sonder- oder Nebenaufgabe verstanden und entsprechend delegiert werden, sondern bedarf einer entsprechenden Institutionalisierung (z.B. über Verankerung in der Stellenbeschreibung) bzw. unterliegt ebenfalls entsprechenden Bewertungskriterien, etwa im Rahmen von Ziel- und Leistungsvereinbarungen.

So muss eine "zukunftsfähige und innovative" Gemeinde ihren MitarbeiterInnen Handlungsspielräume eröffnen, kooperativ führen, Verantwortung delegieren, Team- und Teilzeitarbeit ermöglichen, Zielvereinbarungen schließen, Feedback über erbrachte Leistungen abgeben, individuelle Entwicklungsperspektiven bieten und darüber hinaus Strukturen aufbauen, um Reformelemente zu institutionalisieren. Zudem gilt es zusehends, intrinsische Motive - im Sinne einer "interessanten" und als "sinnvoll" empfundenen Aufgabenstellung - des Verwaltungspersonals zu befriedigen, indem Autonomiespielräume geboten und Erfolgserlebnisse vermittelt werden. Um Aspekte und Elemente einer "modernen Gemeinde" im Sinne der Erreichung der Reformziele effizient umzusetzen, bedarf es aber auch nicht zuletzt entsprechender Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, um in einer Art "Qualifizierungsoffensive" die entsprechenden Weichen zu

legen und damit umfassend in die Sozial- und Fachkompetenz der MitarbeiterInnen von Gemeinden zu investieren.

Zwar wird eine neue Verwaltungsführung vielerorts propagiert, erweckt selbige jedoch auch teilweise den Anschein, von Modellen und Methoden quasi abhängig zu sein. Die betriebswirtschaftliche Praxis - und letzten Endes geht es darum, betriebswirtschaftliche Modelle und Ideen in die Verwaltung zu übertragen - lehrt jedoch etwas anderes: Neues Management muss von Menschen eingeführt und auch von Menschen in der täglichen Praxis verwirklicht werden, wozu Führungskräfte aller Stufen und Altersgruppen natürlich eine entsprechende Ausbildung benötigen, deren Schwerpunkt auf der Vermittlung betriebswirtschaftlicher Inhalte liegt. Darüber hinaus brauchen die neuen ManagerInnen der Gemeinden eine Ausbildung in Unternehmens- und Organisationsentwicklung, um anstehende Veränderungsprozesse initiieren, begleiten und nicht zuletzt durchstehen zu können. Es dürfen jedoch die Möglichkeiten einer solchen Ausbildung nicht überschätzt werden. Die Selektion, Betreuung und Ausbildung der Führungskräfte im Laufe ihrer Karriere und die dauernde Möglichkeit zur Anwendung des gelernten Stoffes sind wichtige Voraussetzungen, damit die Gemeinden zu mehr ManagerInnen und damit "mehr Management" kommen.

Eine kritiklose Übertragung dieser privatwirtschaftlichen Managementkonzepte auf öffentliche Verwaltungen ist jedoch nicht ohne entsprechende Anpassungen bzw. Adaptierungen möglich, zumal für Gemeinden und das Management selbiger andere Zielstrukturen oder besondere Situationsbedingungen gelten. Darüber hinaus gilt es zu beachten, dass auch der so genannte Public Manager / die Public

Managerin in ein politisches Umfeld eingebunden ist, welches seine berechtigten Forderungen an die Verwaltung stellt.

Es bleibt abschließend festzuhalten, dass sich Gemeinden in einem umfassenden Strukturwandel zu wettbewerbsfähigen Dienstleistungsunternehmen befinden, was nicht zuletzt durch ein entsprechend ausgebildetes und motiviertes Personal zu erreichen sein wird. Es ist zu unterstreichen, dass sich der Schwerpunkt der Reformen neben der Etablierung einer umfassenden Personalmanagement- und -entwicklungsstrategie auf die Entwicklung und den Einsatz umfassender Anreizmechanismen und -systeme verlagern muss, innerhalb derer eine leistungsgerechte Bezahlung zwar einen wichtigen Aspekt darstellt, jedoch eine nachrangige Ordnung einnimmt. Zur Umsetzung der Reformvorhaben sollte der Schwerpunkt vielmehr auf immaterielle Leistungsanreize, wie dem Führungsverhalten der Vorgesetzten, dem Angebot individueller Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, einer flexiblen Arbeitszeit- und Karrieregestaltung sowie einer entsprechenden Feedbackkultur und Kommunikationselementen zur qualitativen Beurteilung des MitarbeiterInnenverhaltens gelegt werden, was gerade in Hinblick auf die Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte als vorrangig zu verfolgendes Ziel erachtet werden sollte.



*Mag. Dr. Daniela Ebner  
Amt d. Kärntner Landesregierung,  
Abteilung 3 - Gemeinden*

# Landesverband **Tirol**

## Das FLGT-Jahr 2008 im Schnellrückblick

Oktober 2007 bis Oktober 2008

### Kurz notiert:

- 25 neue Mitgliedsgemeinden
- Neue kompetente Partner und Sponsoren
- Homepage: [www.flgt.at](http://www.flgt.at) online
- Muster-Verordnungssammlung, Bescheide im Bereich TBO und VeranStG in Vorbereitung
- Landes- und Bezirksstruktur des FLGT optimiert, neue sehr engagierte Bezirksleiter und Vorstandskollegen
- Abhaltung der Landesfachtagung
- Thema "Nordpark& Stadtverwaltung Innsbruck"



Landesvorstand: v.l. AL. Mag. Scharmer, Bgm. Zach, AL. Mag. Reich, Hr. Gabl, Hr. Kronlechner, Hr. Dr. Brühwasser

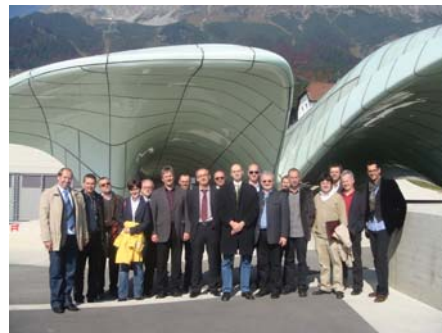
Seit der Neustrukturierung im Jahre 2007 hat sich der FLGT zu einem perfekt zusammenarbeitenden Team entwickelt. 25 Mitgliedsgemeinden sind binnen einem Jahr dem FLGT neu beigetreten, und der FLGT hat derzeit rund 130 Mitgliedsgemeinden. Für die Bezirke Kitzbühel, Reutte, Osttirol, Kufstein wurden sehr kompetente und engagierte Kolleginnen und Kollegen als Bezirksleiter in den Vorstand kooperiert. Mag. Christian Wieser als bisheriger Obm.-Stv. hat seine beruflichen Interessen nach Wien verlegt und wechselte zum Rechnungshof. Die Position des Obm.-Stv. wurde mit dem Gemeindeamtsleiter der Marktgemeinde Rum, Dr. Klaus Kandler, neu besetzt. Für die Öffent-

lichkeitsarbeit wurde der Gemeinde-sekretär aus Pfaffenhofen Hubert Gabl in den Vorstand kooperiert.

Eines der wichtigsten Ereignisse des FLGT im Jahr 2008 war die Abhaltung der Landesfachtagung im Oktober. Rd. 20 AmtsleiterInnen bzw. kompetente Partner haben sich im Plenarsaal der Stadtgemeinde Innsbruck zusammengefunden, bei welchem kommunalpolitische Themen, wie z.B. "Bürgerservice, Verwaltung, Organisationsstruktur der Landeshauptstadt, und das PPP-Großprojekt "Nordpark" durch kompetente Referenten praxisorientiert vorgetragen und behandelt wurden.

Bgm. Hilde Zach begrüßte als Hausherrin und Vorsitzende des Städtebundes die GemeindeamtsleiterInnen, Bürgermeister und Experten aus dem Kommunalbereich und wies insbesondere auf die Wichtigkeit solcher Fortbildungsveranstaltungen hin. "In Zeiten der Verwaltungsmodernisierung werden qualifizierte GemeindegamterInnen zur Erfüllung der umfassenden und wichtigen Kommunalaufgaben immer wichtiger."

Kernbereiche des FLGT sind weiterhin die Organisation von Fortbildungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Tiroler Bildungsforum und den neuen Partnern, wie Städte- und Gemeindebund, Land Tirol, Institut für Verwaltungsmangement, Gemnova.net, TILAND, RLB, kufgem, etc. Aber auch an der homepage [www.flgt.at](http://www.flgt.at) wird zukünftig tatkräftig weitergearbeitet. Diese beinhaltet, wie bereits in der letzten Ausgabe ausführlich berichtet, eine große Anzahl von praxisrelevanten



Bilder von der Landesfachtagung

Musterverordnungen und Muster-schriftsätzen, um den Verwaltungsbediensteten und Bürgermeistern beim täglichen Vollzug der zahlreichen Gemeindeaufgaben eine Hilfestellung zu bieten.

Wir wünschen allen AmtsleiterkollegInnen in Österreich ein frohes Weihnachtsfest, alles Gute und viel Erfolg und Freude im Arbeitsjahr 2009!

*Mit kollegialen Grüßen aus Tirol!*

*Für den FLGT:*

*Gabl Hubert  
Referent für Öffentlichkeitswesen*

*Mag. Bernhard Scharmer  
Landes-Obmann FLGT*





## IHR KOMPETENTER LÖSUNGSPARTNER



### **N E-government**

Amtssignatur, duale u. elektronische Zustellung, elektronische Rechnungslegung, Bürgerkarte, Gemeindeausweis



### **N Softwarelösung Stadt-, Markt- u. Gemeindeämter**

BIS, GIS, Kameralistik, Workflow, Lohn, Standesamt, Staatsbürgerschaft, Meldewesen, Betriebskosten, Formular- u. Listengenerator

### **N Hardware-, System- u. Netzwerkintegration**

Server, PC's, Notebooks, Drucker, Scanner ...



### **N Internet-Applikationen**

Homepage, Webdesign, Web-Applikationen, ASP

### **N LFRZ-Portallösungen**

Gewerbe-, Vereins- u. Führerscheinregister, GWR, Firmenbuch, Kreditschutzverband



### **N Alles aus einer Hand**

<http://shop.neuhold.at>



# Öffentliche Dienstleistungen erfolgreich managen

## qualifizierte Weiterbildung für Gemeindebedienstete



Das berufsbegleitende Studium "Management öffentlicher Dienstleistungen" und "Services of General Interest - Public Management" der Fachhochschule Oberösterreich am Campus Linz verbindet Beruf und praxisnahe Höherqualifizierung für Gemeindebedienstete.

Die Veränderungen in der öffentlichen Verwaltung sind deutlich spürbar: E-Government, Kundenorientierung, Ausgliederungen, aktive Betriebsansiedelung und gemeindeübergreifende Zusammenarbeit sind nur einige der Themen, die im Laufe der letzten Jahre neue Herausforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung stellen. Um diese veränderten Anforderungen bestmöglich zu meistern, sind neben hohem fachlichem Know-how, soziale und methodische Kompetenz unerlässlich. Die Fachhochschule Oberösterreich bietet dazu maßgeschneiderte Studiengänge.

Das **6-semesterige Bachelorstudium "Management öffentlicher Dienstleistungen" (MOD)** bietet eine umfassende Ausbildung, die neben dem verwaltungsspezifischen Schwerpunkt betriebswirtschaftliche, juristische und persönlichkeitsbildende Inhalte umfasst. Das Studium "Management öffentlicher Dienstleistungen" qualifiziert bedarfsgerecht auf dem Weg zur Führungskraft im öffentlichen Umfeld.

Im Anschluss an den Bachelor werden im **4-semesterigen Masterstudiengang "Services of General Interest" (SGI)** diese Kompetenzen rund um das Public Management

noch erweitert und vertieft, um optimal für das Management im Gemeindeamt vorzubereiten.

Sowohl im Bachelor als auch im Master vermitteln facheinschlägige Experten aus Wissenschaft und Praxis anwendungsorientiert und praxisnah die Lehrinhalte. Im direkten Transfer des Erlernten in die eigene tägliche Berufspraxis liegt die zentrale Stärke des Studienangebots. Zusätzlich erleichtert die komprimierte Organisationsform die Vereinbarkeit von Beruf und Studium, unterstützt durch Kleingruppen und eine intensive Betreuung jedes einzelnen Studierenden.

*Warum sich unsere Studierenden und Absolventen für das Studium entschlossen haben, und was es tatsächlich bringt, dazu mehr im Folgenden:*



**Anzengruber Stefan**, 5. Semester, Bachelor "Management öffentlicher Dienstleistungen"

**Warum ich mich für das Studium entschieden habe....**

*"In meiner Funktion als Amtsleiter in der Marktgemeinde Offenhausen habe ich in den letzten Jahren festgestellt, dass die Verwaltungsarbeit immer umfangreicher und teilweise komplizierter wird. Zudem werden von den Bürgerinnen und Bürgern*

*höhere Anforderungen an die Verwaltung gestellt. Gleichzeitig fungiere ich im Verein Hilfswerk Wels-West (Altenbetreuung als Gemeindekooperation) als Geschäftsführer. In meiner Freizeit bin ich in einer freiwilligen Feuerwehr (70 Mitglieder) aktiv, wo ich für das Personalwesen, die strategische Einsatzorganisation, als Einsatzoffizier und auch für sämtliche internen Abläufe zuständig bin. In allen drei Funktionen ist ein breites Fachwissen (Personal, Gemeindekooperation, Kostenrechnung etc.) notwendig und nützlich, das ich mir gezielt im Studium aneignen kann."*

**Was bringt's?**

*"Dieses Wissen dient mir nun dazu, dass ich Entscheidungen gezielter und fundierter treffen kann. Aus diesem Grund wurden die Kompetenzen in der letzten Zeit immer mehr erweitert und mein Entscheidungsspielraum auf Gemeindeebene aber auch im Verein Hilfswerk Wels-West vergrößert. Ebenso ist es mir gelungen, dass manche Entscheidungen auf Verwaltungsebene (zB Einführung Organigramm) zu 100 % akzeptiert werden."*



**Schöngruber Adolf**, 5. Semester, Bachelor "Management öffentlicher Dienstleistungen"



### **Warum ich mich für das Studium entschieden habe....**

"Als Verantwortlicher für Finanzen und stellvertretender Amtsleiter in St. Marien möchte ich über die Informationspflicht hinaus auch innovative Lösungsvorschläge für kommunale Probleme anbieten können. Lösungsvorschläge, die zum einen über das Angebot der einschlägigen Interessensvertretungen hinausgehen, und zum anderen durch eigenes, spezielles Wissen fächerübergreifend analysiert werden können. Dieses Spezialwissen und eine breite Basis als Grundlage, wie z.B. Qualitäts-, Prozess-, Projekt-, Finanz- und Personalmanagement bietet dieser Studiengang."

### **Was bringt's?**

"Das Spannendste für mich ist die Möglichkeit, neue Fachkenntnisse, Ideen und Anregungen aus dem Studium im beruflichen Umfeld umzusetzen. Ergebnisse aus praxisbezogenen Aufgabenstellungen haben damit einen praktischen und verwertbaren Nutzen. Für neue Problemstellungen fällt es mir leichter, Lösungen zu finden. Die Abhängigkeit von anderen Behörden nimmt damit ab, weil ich durch das eigene Wissen mehr Vertrauen in meine Lösungsansätze gewinne."



**Gräf Renate**, 1. Semester, Master "Services of General Interest - Public Management"

### **Warum ich mich für das Studium entschieden habe....**

"Ich habe dieses Studium begonnen, um meine bisherigen betriebswirtschaftlichen und gemeindespezi-

fischen Kenntnisse vertiefen zu können bzw. deren Anwendung unter kompetenter Begleitung zu trainieren."

### **Was bringt's?**

"Mein Studium und die erworbenen Kompetenzen haben wesentlich dazu beigetragen, dass ich im Oktober 2008 zur neuen Amtsleiterin der Marktgemeinde Ottensheim bestellt worden bin. Das berufsbegleitende Studium bedarf eines guten Zeitmanagements, eines Organisations-talents und einer Konzentrationsfähigkeit, um Beruf, Familie und Studium vereinbaren zu können. Die erfolgreiche Bewältigung hat meine Persönlichkeit enorm gestärkt und macht mich bereit für zukünftige Herausforderungen."



**Schmidberger Andrea**, 3. Semester, Master "Services of General Interest - Public Management"

### **Warum ich mich für das Studium entschieden habe....**

"Das Bakkalaureatsstudium der Fachhochschule Oberösterreich "Sozial- und Verwaltungsmanagement", vormals "Verwaltungsmanagement", hat mich als Gemeindebedienstete der Stadtgemeinde Ansfelden im Jahr 2004 angesprochen, da es zu diesem Zeitpunkt für öffentliche Bedienstete neben der fachlichen Aus- und Weiterbildung keine entsprechende berufsbegleitende Weiterbildungsmöglichkeit gab. Das Studium bietet neben seinen umfangreichen und Praxis bezogenen Inhalten eine Fülle von Qualifikationen und Kompe-

tenzen, welche den öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Sektor bei der zurzeit aktuellen Neuausrichtung bestmöglich unterstützt. Der Masterstudiengang "Services of General Interest" setzt optimal auf dieses fundierte Wissen auf und ergänzt die erworbenen Fähigkeiten um Führungs-, Strategie- und Managementskills."

### **Was bringt's?**

"Was das Studium für mich persönlich wertvoll macht, ist die Gelegenheit, die erworbenen Qualifikationen und Kompetenzen gemeinsam mit den Erfahrungen und erworbenen Werkzeugen in das Berufsleben mitzunehmen und daran zu wachsen. Die Tatsache, dass wir Studierende mit beiden Beinen im Berufsleben stehen und die Chance nutzen, unser Wissen durch dieses berufsbegleitende Masterstudium am Puls der Zeit zu ergänzen, macht unsere berufliche Zukunft sehr viel versprechend."

Frei nach Benjamin Franklin **"Investition in Wissen bringt die besten Zinsen"** bildet die Fachhochschule Oberösterreich mit Weitsicht innovative Führungskräfte für den öffentlichen Sektor aus.

Gerne stehen wir Ihnen für Ihre Fragen zur Verfügung. Nähere Informationen erhalten Sie unter:

*FH-Prof. Dr. Franziska Cecon*

*E-Mail: [franziska.cecon@fh-linz.at](mailto:franziska.cecon@fh-linz.at)*

*Tel: 0732-2008-2510*

*Web: [www.fh-linz.at](http://www.fh-linz.at)*